

Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

FH-Politik im Musterländle

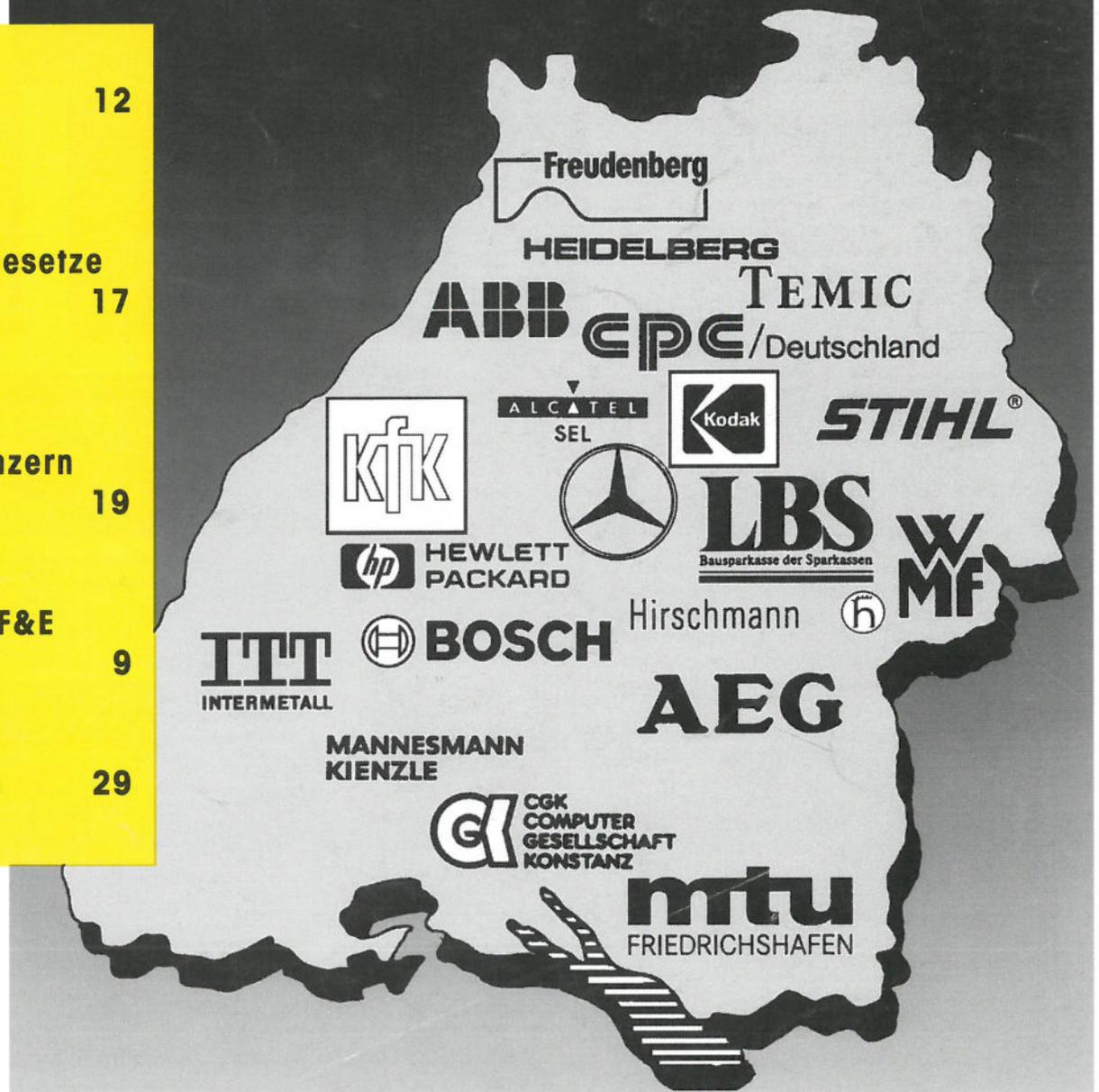
Das Interview
mit von Trotha 12

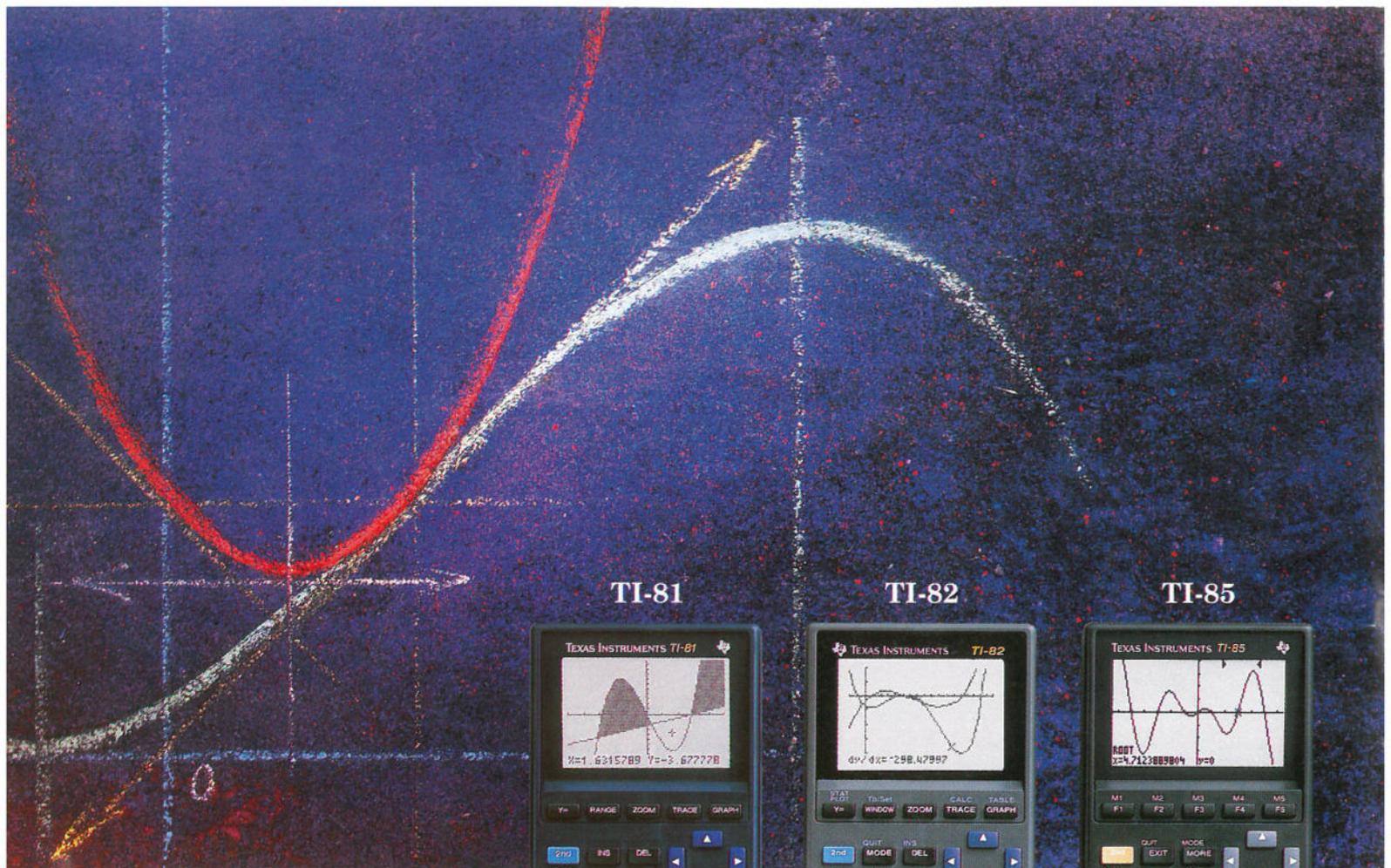
Alber:
Änderung
der Hochschulgesetze 17

Klopprogge:
Absolventen
im Daimler Konzern 19

Mücke:
Förderung von F&E
in den Ländern 9

Neues
über Promotion 29

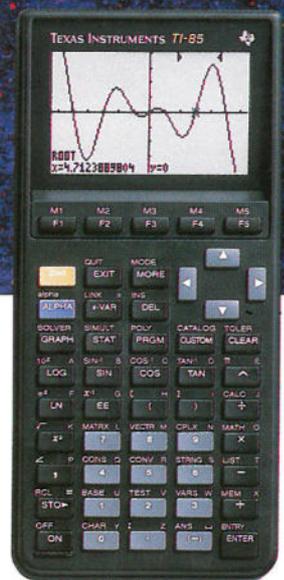
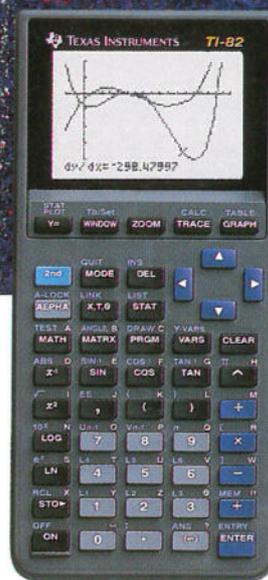
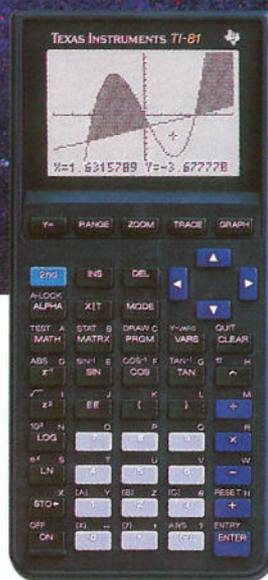




TI-81

TI-82

TI-85



TI-Graphikrechner

Wir haben Lehrern zugehört, wenn sie uns erklärten, welche Unterrichtshilfen sie bräuchten. Und wir haben Schülern zugehört, wenn sie uns erklärten, wie wir sie beim Lernen unterstützen könnten. Ergebnis? Die Familie der TI-Graphikrechner. In ihnen steckt die ganze Vielfalt an Lehr- und Lernmitteln, die alle Stufen des Mathematikunterrichts abdeckt – von der Sekundarstufe über den Schulabschluß bis zur Universität und darüber

IHRE SCHÜLER VERDIENEN DEN BESTEN. SIE AUCH.

hinaus – mit exakt der richtigen Funktionalität. Graphikrechner zeigen nicht nur Ergebnisse an, sie „erklären“ auch die Konzepte. Das führt rascher zum Verstehen, macht Mathematik zugänglich und verfügbar, läßt mehr Zeit für entdeckendes Lernen und fördert die Entwicklung eines wirklichen Interesses am Fach.

Sehen Sie sich das Graphikrechner-Programm von Texas Instruments einmal an: den **TI-81** für die Mittelstufe, den **TI-82** für die Sekundarstufe bis zum Schulabschluß und den **TI-85** für das Studium. Dann wählen Sie den Besten. Er kann Ihnen helfen, effektiver zu unterrichten, indem er Ihren Schülern hilft, effizienter zu lernen.



PC Graph Link

Funktionen	TI-81	TI-82	TI-85
Funktions-Graphen	bis zu 4	bis zu 10	bis zu 99
Parametrische Graphen	bis zu 3	bis zu 6	bis zu 99
Polare Graphen		bis zu 6	bis zu 99
Folgen-Graphen		bis zu 2	
Differentialgleichungs-Graphik			bis zur 9. Ordnung
Trace-Funktion	X	X	X
Wurzeln/Minima/Maxima		X	X
Zoom-Funktionen	7	13	15
Funktionswerte-Tabellen		X	
Matrizen	bis zu 3	bis zu 5	unbegrenzt*
max. Matrixgröße	6 x 6	30 x 30*	50 x 50*
max. Listenlänge		99	unbegrenzt*
Regressionsmodelle	5	8	8
Balken-/Liniendiagramme		X	
Split Screen		X	
Solver f. Gleichungssysteme			X
Komplexe Zahlen			X
Speichergröße	4,6 KB	32 KB	32 KB
2 Jahre Gewährleistung	X	X	X

* Je nach Gebrauch des Rechners können diese Zahlen verschieden sein. Bis zu 32 K RAM.

EXTENDING YOUR REACH™



Die neue Hochschule

Heft 5 • Oktober 1994

LEITARTIKEL

Karl-Heinz Bosman

Fachhochschulpolitik im Musterlände - mustergültig?

4

h/b-AKTUELL

Dietrich Grille

Gut gebrüllt Löwe (Konrad-Adenauer-Stiftung)

6

LeserService Versorgung

LeserService Beihilfe

h/b-Press

Delegiertenversammlung des h/b am 15./16. November

6

7

8

8

Hubert Mücke

Förderung von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen in Deutschland

9

AUFSÄTZE

Das Interview mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg

12

Kernforderungen des h/b-Baden-Württemberg an den Anhörungsentwurf

16

Peter-Paul Alber

Gesetzesnovellierung: Der baden-württembergische Gesetzentwurf zur Änderung der Hochschulgesetze

17

Axel Klopprogge

Akademikerbedarf:

Fachhochschulabsolventen im Daimler-Benz-Konzern

19

RUBRIKEN

Meldungen

Aus den Ländern

Bayerische Uhren: Anderswertig - nur halt gleichartig

Brandenburg: Stellungnahme des h/b-Brandenburg

Bremen: Länderbericht

Hessen: Hochschulkongreß des h/b-Hessen

Nordrhein-Westfalen: FH Rhein-Sieg

Saarland: Zukünftiges Studienangebot

Informationen und Berichte

Wirtschaftsinformatik

Zwanzig Jahre FHVR Berlin

Europa

Europa-Professur an der FH Gelsenkirchen

EU-Wörterbuch

Promotionen

Neuberufene

Besprechungen

h/b-Dokumentation

22

22

23

24

24

25

25

26

27

28

28

29

29

29

30

30

30

31

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung - e.V. (h/b)

Verlag: h/b, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn, Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512

Schriftleitung: Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz Bosman (K.H.B.), Kiefernstraße 16a, 66129 Saarbrücken, Telefon (06805) 1589, Telefax (06805) 218123

Besprechungen: Professor Dr. Rainer Walden (R.W.), Hubertusstraße 21, 33129 Delbrück, Telefon (05250) 7519

Schlußredaktion: Dr. Hubert Mücke (H.M.), h/b

Verbands offiziell ist die Rubrik "h/b-AKTUELL". Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des h/b sowie der Mitgliedsverbände.

Nachdruck - auch auszugsweise und in anderen Sprachen - nur nach vorheriger Genehmigung des h/b mit Quellennachweis. Mitgliedern des h/b und Abonnenten der Zeitschrift ist dies zu nicht-kommerziellen Zwecken ohne vorherige Genehmigung gestattet.

Erscheinungsweise: zweimonatlich.

Der Bezugspreis wird im Rahmen der Mitgliedschaft zu den Landesverbänden des h/b abgegolten.

Jahresabonnements für Nichtmitglieder DM 75,- (Inland), 78,- (Ausland);

Einzelhefte DM 15,-; Doppelhefte DM 20,-

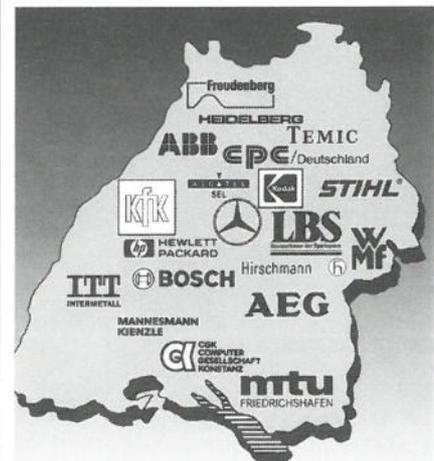
"Schnupper-Abos" für Hochschullehrer, die dem Hochschullehrerbund nicht angehören: einmalig DM 40,-

Abonnements werden für jeweils ein Kalenderjahr erteilt und verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht bis zum 15. November des laufenden Jahres gekündigt wurden.

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Satz und Versand: CICERO, Auguststraße 12, 53229 Bonn

Druck: PR Druck, Auguststraße 12, 53229 Bonn



Grafik: CICERO Satz • Layout • Beileitung

gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Fachhochschulpolitik im Musterlände - mustergültig?

Das Land Baden-Württemberg nimmt aufgrund seiner Finanzkraft eine Spitzenstellung im bundesdeutschen Bildungs- und Forschungsbereich ein. Gemessen daran erscheint die Förderung von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nur halbherzig angelegt zu sein.

Text:
Professor Karl-Heinz Bosman
 Kiefernstraße 16a
 66129 Saarbrücken-Bübingen



Die Wirtschaftsbilanz in Baden-Württemberg ist in der Tat beeindruckend. Der drittgrößte Flächenstaat - im Südwesten der Bundesrepublik gelegen - kann sich bei rund 10 Millionen Einwohnern mit seinem Anteil von 15 % am Bruttoinlandsprodukt sehen lassen. Nicht minder beeindruckend ist die geringe Arbeitslosenquote von 4 % (Stand 1992), die niedrigste von allen Bundesländern. Die Prosperität des Landes ist vorwiegend durch den Mittelstand geprägt. Etwa die Hälfte der 4,9 Millionen Erwerbstätigen ist in Betrieben mit 20 bis 100 Beschäftigten tätig. Dadurch ergibt sich im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern eine Wirtschaftsstruktur, die Monostrukturen entgegenwirkt. Das Land, das sich gerne "Das Land der Dichter und Denker" nennen läßt, wird heute zunehmend als "Land der Tüftler" bezeichnet. Die Tüftler, Garanten der Prosperität, sitzen aber auch in großen Konzernen, die weltweit bekannt und geschätzt sind. Die Wirtschaft ist an internationalem Austausch orientiert, rund 70 % des Exports wie des Imports entfallen auf die Europäische Union.

Natürlich ist die Rezession der vergangenen Jahre sowie der Kampf um Anteile auf dem Weltmarkt auch in Baden-Württemberg nicht spurlos vorübergegangen. So sagen manche Einwohner dieses Landes beim Hinweis auf das Musterlände, "...der Lack sei ab". Sie meinen damit vielleicht nicht nur die im Vergleich zur Vergangenheit schlechteren Wirtschaftsdaten, sondern vielleicht auch den Schuldenberg von 46 Milliarden DM - ein Sakrileg für manchen sparbewußten Bürger. Der Schuldendienst kostet das Land allein mehr als 8 Milliarden DM jährlich, das sind immerhin 15 % des Gesamthaushaltes. Auf der anderen Seite ist festzustellen, das andere Bundesländer sehr froh wären, so gut dazustehen wie Baden-Würt-

temberg. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß Baden-Württemberg derzeit rund 1,7 Milliarden DM für den Länderfinanzausgleich zahlt und so finanzschwache Länder unterstützt.

Die gute wirtschaftliche Lage des Landes Baden-Württemberg spiegelt sich u. a. in seinen Einrichtungen an Hochschulen und Forschungsinstituten wider. An den 9 Universitäten studieren z. Zt. 156.000 Studenten. An 21 staatlichen Fachhochschulen studieren mehr als 50.000 Studenten - die Studenten von 6 verwaltungsinternen und 9 privaten Fachhochschulen nicht mitgerechnet. Der Vollständigkeit halber sind außer den genannten Hochschulen noch aufzuführen: 2 private Universitäten, 6 Pädagogische Hochschulen und 8 Kunsthochschulen. Somit ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 230.000 Studenten.

Rund 4 Milliarden DM gibt das Land für seine Hochschulen aus, davon 13 % für die Fachhochschulen. Dabei betragen die mittleren Kosten für den Studienplatz an Fachhochschulen nur 50 % dessen, was der Studienplatz an Universitäten kostet - ein Faktor, der annähernd bundesweit gleich ist.

Baden-Württemberg kann als eine der forschungsintensivsten Regionen Europas gelten: An baden-württembergischen Universitäten ist ein Viertel aller Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingerichtet. Darüber hinaus sind 14 Institute der Max-Planck-Gesellschaft und 14 Einrichtungen der Fraunhofer Gesellschaft in Baden-Württemberg angesiedelt. Hinzu kommen 3 Großforschungseinrichtungen für Kernforschung, Luft- und Raumfahrt sowie für Krebsforschung. Außerdem gibt es noch 40 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Mit 150 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung und 10 Technologiezentren soll der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gefördert werden. Ein flächendeckendes System der Technologieberatung und -vermittlung soll vor allem mittelständische Unternehmen in strukturell gefährdeten Branchen - wie z. B. Textil und Maschinenbau - beim technologischen Umbau unterstützen.

Die Fachhochschulen haben jedoch zu den meisten der aufgeführten Forschungseinrichtungen keinen Zugang. Eine Ausnahme bildet die

mit einem Gesamtetat von mehr als 90 Millionen DM ausgestattete Steinbeis-Stiftung. Ihre Transferzentren sind zumeist an baden-württembergischen Fachhochschulen angesiedelt. Die Forschungsarbeiten in den Transferzentren werden in der Regel von Fachhochschulprofessoren in Nebentätigkeit ausgeführt. Im Abschlußbericht der "Kommission Fachhochschule 2000" wird neben z. T. bereits bestehenden "Instituten für Innovation und Transfer" die Errichtung von etwa 50 weiteren Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten an 25 Fachhochschulen empfohlen. Inzwischen stellt das baden-württembergische Wissenschaftsministerium für die Förderung der Drittmittelfähigkeit eine Anschubfinanzierung von 5 Millionen DM pro Jahr für alle Fachhochschulen zur Verfügung, also 0,125 % des Gesamtaufwandes für die Hochschulen. Hier tun einige "ärmere" Länder meines Wissens mehr, wenn man die Finanzkraft der Länder zum Maßstab nimmt. Aber Geld allein ist nicht entscheidend. Zeit zum kreativen Nachdenken, zum wissenschaftlichen Austüfteln - natürlich nicht zum Nulltarif - wird von den Fachhochschulprofessoren zur Durchführung von Forschungsprojekten benötigt. Das ist als Nebentätigkeit auf Dauer nicht zu leisten. Dies hatte auch die oben zitierte Kommission erkannt und daher für Fachhochschulprofessoren eine schrittweise Reduktion der Lehrverpflichtung von 20 % zugunsten von Forschung und Entwicklung empfohlen. Das erfordert die Bereitstellung von 3,4 Mio DM an Lehrauftragsmitteln und von insgesamt 200 Professorenstellen in den nächsten 10 Jahren. Doch mit der Umsetzung dieser Empfehlung ist nun offenkundig nicht mehr zu rechnen. Wissenschaftsminister von Trotha verweist in trauriger Übereinstimmung mit den meisten seiner Länderkollegen auf Finanzschwierigkeiten, wenn es darum geht, die unangenehme Rücknahme guter Absichten zu erklären.

Aber vielleicht ist es unrealistisch anzunehmen, daß gerade im forschungsintensiven Baden-Württemberg dessen Wissenschaftsminister sich in Umverteilungsgefechte mit den Universitäten und anderen Einrichtungen verwickeln sollte. Dazu gehört dann auch die nicht nachvollziehbare, es sei denn der Konfliktvermeidung dienende Forderung, die Erweiterung des Fächer-

spektrums an Fachhochschulen kostenneutral umzusetzen. Eine solche Forderung wird den vom Wissenschaftsrat aufgestellten Ausbauforderungen für Fachhochschulen in keiner Weise gerecht. Dies ist ein bildungspolitischer Rückschritt - wahrlich nicht mustergültig! Die sicher freundliche Meinungsäußerung des Ministers, das mittelfristig zu schaffende einheitliche Professorenamt C 3 für Fachhochschulprofessoren sei wünschenswert, ist ein kostenloses Trostpflaster für den Wegfall der sinnvoll ausgedachten Deputatsermäßigung von 20 % und manche Ungereimtheiten im novellierten Fachhochschulgesetz von Baden-Württemberg. Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt: Die allge-

mein mustergültigen Anstrengungen des Landes für universitäre und sonstige Forschungseinrichtungen finden bei den Fachhochschulen nicht ihre angemessene Entsprechung. Hier könnte das Land, gemessen an seiner Finanzkraft, mehr tun und Zeichen setzen.

Wie lange wird es noch dauern, bis Finanz- und Wissenschaftsminister der Länder endlich bundesweit die naheliegende Konsequenz aus Finanzknappheit auf der einen Seite und Akzeptanz der Fachhochschulen auf der anderen Seite ziehen? Sie sollten eine Allianz bilden und endlich die kostengünstigeren Fachhochschulen ausbauen: kostenneutral bezogen auf die Gesamtausgaben für alle Hochschulen.



Standorte von Fachhochschulen in Baden-Württemberg,
Dreiecke: ▲ Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung,
Sterne: ★ öffentliche Fachhochschulen

Quelle: Studenten an Hochschulen 1975-1992, BMBW, Bonn 1993

Gut gebrüllt, Löwe

Welche Antworten für die neuen Prioritäten? Mehr Mittel? Oder - Wegfall "alter" Aufgabenerfüllungen? - Anmerkungen eines Teilnehmers zum 13. Hochschullehrergespräch "Hochschulen und Erwartungen der Wirtschaft" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Fulda, 16.-18. September 1994

Neben den durch die "Quellensteuer" auf Löhne und Gehälter belasteten Arbeitnehmern bringt ohne Zweifel auch die Wirtschaft mit ihrer Steuerleistung einen erheblichen Anteil zum Unterhalt des Staates und seiner Hochschulen auf. Verständlich, wenn sich in ihren Firmen, Kammern und Verbänden immer mehr pfiffige Rechner finden, die den Umfang der Rückflüsse, nun von den Hochschulen zu ihnen hin, mit spitzem Stift quantifizieren.

Versorgung

Sie kommen neu an die Fachhochschule. Sie stehen vor der Pensionierung. Wer kennt sich schon aus im Vorschriften-Dschungel?

Mit welcher Wartezeit muß ich rechnen, bevor der Versorgungsanspruch eintritt? Wie ist meine Familie abgesichert? Kann ich die Höchstgrenze erreichen?

Auf diese und alle weiteren Fragen gibt Ihnen der Hochschullehrerbund Antwort.

Wir konnten Herrn Dozenten Kowitzki gewinnen, Sie in allen Fragen individuell zu informieren.

Richten Sie Anfragen bitte an:

Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung Rüngsdorfer Straße 4c 53173 Bonn

Telefon (0228) 35 22 71

Telefax (0228) 35 45 12

Die Wirtschaft will

Ihr Ideal: Viele Hochschulabsolventen zur Auswahl, sofort einsetzbar wie FH-Ingenieure und FH-Betriebswirte, aber gleichzeitig durch breite "universitäre" Ausbildung in der Lage, ihr persönliches Update gleichsam nebenher zu erledigen.

Manfred Reinhardt, Leiter der Skill-Entwicklung bei IBM Stuttgart, sprach es in Fulda unumwunden aus. Man denke bei IBM nicht daran, etwa weniger Hochschulabsolventen einzustellen als bisher. Aber die Kosten für retraining müßten gesenkt werden. Und das ginge schon, wenn nur die Hochschulen "richtig" ausbildeten.

Gerade das aber ist derzeit nicht der Fall. Eierlegende Wollmilchsäue sind nicht in Sicht. Im Gegenteil! Angebliche Fehlentwicklungen und tatsächlich schwindende finanzielle Ressourcen bringen die deutschen Hochschulen in den Verdacht, den Herausforderungen aus eigener Kraft nicht standhalten zu können. Der parlamentarische Staatssekretär Dr. Norbert Lammert MdB war sich seiner Sache völlig sicher: "Wir haben fundamentale Veränderungen der Geschäftsgrundlagen mit unübersehbaren wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen: Deutsche Einheit, Vollendung des europäischen Binnenmarktes und Wegfall des Ost-West-Gegensatzes. Wir nehmen das korrekt wahr, weigern uns aber, eigene Schlußfolgerungen zu ziehen. Wir fordern ganz einfach zusätzliche Mittel für die zusätzlichen Aufgaben."

Rationaler Kern dieses deutlichen Vorwurfs ist die geringe Bereitschaft der Hochschulen, kostenneutrale Reformvorstellungen einzubringen oder gar in eigener Verantwortung zu realisieren. Ein Beispiel, das in Fulda nicht diskutiert wurde: In Bayern stand - nach vielen öffentlichen Forderungen und intensiven Gesprächen unseres dortigen Landesverbandes, des VHB, das Angebot der Staatsregierung, mit dem Deputat auf 16 Stunden zurückzugehen. Aber - viele Dekane und in ihrem Schlepptau die Hochschulleitungen sorgten sich um Qualität und Ansehen und weigerten sich glatt, eine pari passu erforderliche Verringerung der Semesterwochenstundenzahlen auch nur zu denken.

Das vernehmliche Kopfschütteln darüber hat die "Weisen aus der Praxis" auf den Plan gelockt: Sie könnten es den Hochschulen schon

zeigen, werben sie seit Jahr und Tag. Den Anfang hatte Bertelsmann gemacht, mit seinem Bonner Symposium "Hochschulen am Scheidewege" (6. Oktober 1993).

"Kostenneutral" freilich sind die Versuche nicht, den Hochschulen von den Siebenmalgescheiten draußen Beine zu machen. Bertelsmann muß schließlich Verluste aus seinem VOX-Engagement wettmachen (aus einem Vorgang, der eben mal passiert ist und keineswegs beweist, daß Wirtschaftsgiganten ihrerseits von den Hochschullehrern "evaluiert" werden dürften).

Für den Initiator Reinhard Mohn hat sich die Bonner Promotions-Veranstaltung vielleicht gerade deshalb schon gerechtfertigt: Düsseldorf beauftragte Bertelsmann auf vertraglicher Basis mit Betriebsprüfung, Strukturanalyse und Evaluierung mehrerer Hochschulen des Landes NRW!

Wohin man auch sieht, überall sind die Weideplätze ("Alma mater") umstellt von ganzen Löwenrudeln, die nicht mehr stumm auf ihre Schäflein warten wollen, sondern am liebsten gleich in den Pferch einbrechen und Ordnung schaffen möchten: "Wir können das besser als der Schäfer."

Die Wirtschaft soll

Andere von "der Wirtschaft" in Fulda formulierte Forderungen? Es studieren zuviele junge Leute. Seit zwei Jahren zählen wir im wiedervereinigten Deutschland mehr Studierende als Auszubildende. Es blieb aber das Geheimnis von Direktor Reinhardt und seinen Mitstreitern, wie die Hochschulen das ändern können, wenn doch etwa gleichzeitig die Wirtschaft begonnen hat, auf breiter Front die Azubis mit der - noch nirgendwo voll realisierten Hochschul-Öffnung für Industrie-Meister - in das duale System hineinzulocken?

So wie die Hochschulen trotz der neueren Gängelungsversuche nach wie vor den Auftrag haben, ihre eigenen Fehler selbst zu finden und abzustellen, so hat auch die Wirtschaft die Pflicht - und das wurde ihren Sprechern auch gesagt - selbst darüber nachzudenken, wo die Crux liegt.

Warum denn nur fast alle, die mit FOS- oder Gymnasial-Abitur in der Tasche einen Ausbildungsberuf erlernt hatten, fluchtartig das duale

System verlassen, um eben doch noch ein Studium aufzunehmen???

Es scheint das größere Prestige zu sein, das trotz langjähriger Einkommenseinbußen den Facharbeiterinnen und Facharbeitern mit Abitur den Weg zur Hochschule weist.

Wäre es so? Eine energisch zu betreibende **soziale Aufwertung des dualen Standes** und aller seiner Angehörigen vom Azubi bis zum Meister könnte der Ausweg sein. Auch das ist in Fulda ausgesprochen worden.

FH-Promotion?

Sehr einig waren sich die "Bosse" allerdings bei ihrem Nicht-Thema, beim Promotionsrecht für Fachhochschulen. Ungefragt sprachen sie sich nacheinander dagegen aus. Man spürt die Basis-Arbeit des DHV und der Universitätsabteilungen in den Wissenschaftsministerien. Denn: Es geht doch sowohl dem *h**lb*** wie "den" FHn lediglich darum, mit dem im Freistaat Sachsen z.B. vorbildlich geregelten "**kooperativen Promotionsrecht**" das bisher verlangte volle Zweitstudium ihrer promotionswilligen Absolventen und damit eine eminente Ressourcenverschleuderung zu vermeiden.

Die Hochschulen sprechen

In Fulda waren rd. 80 Experten versammelt, überwiegend Hochschullehrer. Weil mangels Zuständigkeit für die erwachsenen Kinder die traditionellen Elternverbände nicht mitreden und unsere studentischen Organisationen seit etwa 1989/90 sowohl ideologisch wie logistisch-infrastrukturell irgendwie geschwächt erscheinen, gelingt es den Hochschullehrern an den umherstehenden Löwenrudeln vorbeizudenken, **mit ihren Erwartungen an den Staat** die an sie selbst gerichteten "Erwartungen der Wirtschaft" zu überblenden.

Fachhochschulseitig ergriffen auch als *h**lb***-Mitglieder der Bochumer Rektor *Prof. Dr. rer. pol. Heinz Becker* und *Prof. Dr.-Ing. Karl-Werner Jäger* (Dekan des Fachbereichs Elektrische Energietechnik) der Georg-Simon-Ohm-FH und *Prof. Dr. phil. habil. Peter Eisenmann* (FH Würzburg) das Wort, ferner der Unterzeichnende, in Vertretung des kurzfristig verhinderten Fuldaer Alt-Rektors *Prof. Dr. Joseph Dehler* auf dem abschließenden Podium "Erwartungen der Gesellschaft an die Hochschulen".

Becker begrüßte das Prinzip des "Globalhaushaltes" und das neue Recht der Hochschulen in NRW, in eigener Verantwortung neue Studi-

engänge zu errichten, obsolet gewordene aufzuheben: "Jede Hochschule soll ihr eigenes Profil entwickeln können - und dann laßt uns den Wettbewerb wagen!" *Jäger* bedauerte die noch immer kräftigen Restriktionen für "*angewandte Forschung und Entwicklung*" an den FHn. Der Zwang zur Gründung von "An-Instituten" sei ein unwürdiger Umweg.

Dietrich Grille

Beihilfe

Mitglieder informieren den *h**lb*** in jüngster Zeit über Probleme bei der Abrechnung von Arztkosten mit Beihilfestelle und Versicherer. Wir würden gerne Abhilfe schaffen. Hierzu benötigen wir eine möglichst umfassende Übersicht über alle anfallenden Probleme.

Bitte schreiben Sie uns! Schildern Sie Ihre Probleme mit Arzt, Beihilfestelle und Versicherer! Wir konnten einen Sachverständigen gewinnen, der Sie in unserem Auftrag berät.

Richten Sie Anfragen bitte an:

Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon: (0228) 35 22 71
Telefax: (0228) 35 45 12

Leserservice



KAS-Abschlußgespräch mit v.l.n.r.: Dr. Bernhard Keller, Arbeitgeberverbände NRW; Prof. Dr. Josef Häußling, Universität Witten/Herdecke; Werner Then, Bund Katholischer Unternehmer; Werner Siebeck, Bayerisches Fernsehen, Red. Kulturpolitik; Dr. Klaus Dieter Wolff, Gründungsbeauftragter der Universität Erfurt; Michael Rügenmeyer, Leiter des CV-Hochschulamtes; Prof. Dr. Dietrich Grille, Hochschullehrerbund *h**lb***

h/b-Press

Nicht mehr zu stoppen

In einem Beitrag für das WirtschaftsWoche-Sonderheft Beruf und Studium 1995 stellt *Ruth Kuntz-Brunner* die Vorteile der Fachhochschulen heraus und zitiert *Fritz-Rainer Lucht*, Leiter der Personalentwicklung der Thyssen-Stahl AG in Duisburg: "Fachhochschüler stehen im Ruf, realistisch zu sein". Seine Erfahrung: Sie träumen nicht von Superprojekten und vom großen Geld, arrangieren sich zügig mit der Arbeitswelt und der Industriegesellschaft. Die Folge: Sie haben derzeit sogar bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Uni-Abgänger. So stellten etwa Maschinenbauunternehmen noch Fachhochschulabsolventen ein, als schon Stellenstopp für Diplom-Ingenieure galt. Kein Wunder, so *Kuntz-Brunner*, daß die klassischen Universitäten mehr und mehr um ihre Vorrangstellung fürchten, Viele argwöhnten sogar, daß die Investitionen für die Fachhochschulen von ihrem Etat abgeknappt werden. Deshalb versuchten sie, die Konkurrenz klein zu halten und zur zweiten Wahl zu stempeln. Sie kämpften um ihr exklusives Forschungs- und Promotionsrecht und forderten, daß bestimmte akademische Ausbildungsgänge nur von Unis angeboten werden dürfen. Doch die Zeit arbeite für die Fachhochschulen.

Professor *Werner Kuntze*, Präsident des Hochschullehrerbundes, erinnert innerhalb des Beitrags an die große Stärke der Fachhochschulen: ihren Praxisbezug. Er fordert, daß endlich bundesweit Praxissemester für alle FH-Studierenden vorgeschrieben werden.

An den 21 Fachhochschulen der neuen Bundesländer läuft vieles selbstverständlicher als im Westen, sei es die Konzeption neuer Studiengänge, die Möglichkeit für Absolventen, nachträglich zu promovieren oder das Forschungsrecht für FH. Sorgen bereiteten eigentlich nur zwei Dinge: der häufig katastrophale Zustand der Gebäude und die Berufung der Professoren. *Helmut Schmidt*, Vorsitzender des h/b-Brandenburg weist auf den Beitrag der Fachhochschulen zum wirtschaftlichen Aufbau hin: "Das geht zum Beispiel so weit, daß die Fachhochschule ein Technologiezentrum und gar Firmengründungen angestoßen hat."

Delegiertenversammlung

In diesem Jahr führt der *h/b* seine erste Delegiertenversammlung durch. Sie findet am 15. und 16. November in Bonn statt und wird eingeleitet durch eine öffentliche Veranstaltung, zu der alle Mitglieder und Interessierte herzlich eingeladen sind. Am 16. November (Buß- und Betttag) werden sich die Delegierten unter anderem mit Beratung und Beschlußfassung eines Grundsatzprogramms des *h/b* beschäftigen.

Programm

Dienstag, 15. November

17.00 Uhr

Eröffnung der Delegiertenversammlung durch den Präsidenten des Hochschullehrerbundes, Professor *Werner Kuntze*

17.15 Uhr

Grußwort der Fachhochschulrektorenkonferenz Professor *Dr. Joachim Metzner*

17.30 Uhr

Schlüsselqualifikationen: ihre Bedeutung in Beruf und Hochschulbildung
Dr. Reinhold Weiß, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

18.15 Uhr

Weiterentwicklung der Hochschulausbildung - Wünschenswertes und Realität
Dipl.-Phys. W. Körner, Vorsitzender des KMK-Ausschusses für Prüfungs- und Studienangelegenheiten, Ministerium für Wissenschaft und Kultur Niedersachsen

Ort: **Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, Bonn Bad-Godesberg (Nähe Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft/Rheinaue)**

Nähere Informationen erteilt die Geschäftsstelle des *h/b*.

Ökonomen liegen vorn Hitliste der Studienrichtungen (in Prozent)

Studienrichtung	FH-Abschluß		Uni-Abschluß		
	Bundesländer	neue	alte	neue	alte
Wirtschaftswissenschaften	38	22	18	13	
Architektur, Bauwesen	15	20	7	5	
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	12	9	2	3	
Elektrotechnik	11	8	4	3	
Maschinenbau	8	17	5	6	
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	6	6	2	2	
Mathematik, Informatik	5	3	5	4	
Kunst-, Gestaltungs-wissenschaften	3	10	4	3	
Kultur-, Sprachwissenschaften	1	4	8	9	
Biologie, Chemie, Pharmazie	1		5	7	

Quelle: HIS Studentenumfrage WS 94/95, Wirtschaftswoche

Institute und An-Institute an Fachhochschulen in Deutschland

Baden-Württemberg

Schwerpunkte in den Instituten für Innovation und Transfer (IIT):

FH Aalen: Automatisierungstechnik/CIM, Lasertechnik, Strukturanalyse
FH Technik Esslingen: Fertigungstechnik/CIM
FH Furtwangen: Mikroperipherie/Mikrostrukturtechnik, Physikalische und chemische Analyseverfahren
FH Heilbronn: Fertigungstechnik/CIM
FH Karlsruhe: Angewandte Informatik, Sensortechnik
FH Konstanz: Energiewandlung in Solarsystemen, Computergestützte Lernsysteme, Multifunktionale Kommunikation
FH Technik Mannheim: Verfahrens-, Automatisierungs- und Umweltmeßtechnik
FH Nürtingen: Landschaftsentwicklung und Landschaftsinformatik
FH Offenburg: System- und Regelungstechnik, Physikalische Sensorik
FH Pforzheim: Betriebswirtschaft und Innovationsmanagement
FH Ravensburg-Weingarten: Automatisierungstechnik, Frauen und Beruf im ländlichen Raum, Radiometrie, Werkstofftechnik
FH Reutlingen: Produktionsautomatisierung und Sensorsysteme (PASS), CAD/CAM in der Textiltechnik, Institut für angewandte Forschung - Reutlinger Flachsinstitut
FH Druck Stuttgart: Kommunikations- und Medientechnik
FH Technik Stuttgart: Bauingenieurwesen/Meßtechnik
FH Ulm: Automatisierungssysteme, Medizintechnik

Bayern (An-Institute)

FH Kempten-Neu-Ulm: Mittelstands-Institut e.V. (MIT)
FH München: Institut für Technologie- und Wissenstransfer e.V. (ITW)

Berlin (An-Institute)

Technische Fachhochschule Berlin: Institut für Umweltinformationssysteme und kartographische Anwendung von Fernerkundungsdaten (IFUS)
In Gemeinschaft mit der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft: Institut für Technologie und Umweltschutz e.V. (INTUS), Institut Gesellschaft zur Förderung angewandter Informatik e.V. (Ffal), Institut für Informatik in Entwurf und Fertigung zu Berlin GmbH (IEF), Institut für prozeßadaptive und erfahrungsgelenkte Automatisierung GmbH (IpeA), Institut Laser Labor Adlershof e.V. (LLA)
FH für Wirtschaft: Interdisziplinäres Zentrum für Weiterbildung und Wissenstransfer (IZW)

Brandenburg

FH Brandenburg: Institut für mittelstandsorientierte Betriebswirtschaft e.V. (An-Institut)
FH Eberswalde: Kooperationsvereinbarungen mit der forstlichen Forschungsanstalt Eberswalde sowie Kooperationen über die IHK, den Unternehmerverband und die kommunalen Verwaltungen.
FH Potsdam: Institut für Information und Dokumentation (An-Institut), Fachdokumentationsstelle Bodenkunde, Informationszentrum
Anmerkung: Geplant sind Institute für "Fort- und Weiterbildung", "Ideengeschichte und Bauforschung", Stadtentwicklung und Stadterneuerung", "Landschaftsarchitektur und Gartenkmalpflege", "Design-Transfer-Institut", ein Baulabor und ein Institut für "Bauerhaltung und Baurestauration".
TFH Wildau: Technologietransfer- und Weiterbildungszentrum e.V. mit Instituten für "Software und Organisation", "Plasma- und Lasertechnik", "Unternehmenslogistik", "Wasser- und Abwassertechnik" und "Weiterbildung" (An-Institute)
FH Lausitz: Institut für Fortbildung.

Bremen (An-Institute)

Hochschule Bremen: Institut für Mensch-Umweltbeziehung (POLIS-Institut), Institut für Planung, Simulation und Animation im Fabrikbetrieb (PSA-Institut), Institut für Technischen Umweltschutz (ITU-Institut), Institut für mittelständische Unternehmenspraxis (MIPRAX-Institut)
 In Planung befindet sich die Errichtung eines An-Instituts "Maritimer Umweltschutz und Seeschifffahrt" in Kooperation mit dem Umweltbundesamt.
FH Bremerhaven: Technologietransferzentrum e.V. (An-Institut)

Hamburg

FH Hamburg: Institut Hochschule - Wirtschaft, Institut für Verpackungssysteme, Institut für Kontaktstudien, Institut für Fertigungstechnik, Institut für Werkstoffkunde und Schweißtechnik, Institut für Schiffsführung, Seeverkehr und Simulation, Institut Forschungsstelle für die Seeschifffahrt zu Hamburg e.V. (An-Institut)

Hessen (An-Institute)

FH Frankfurt: Zentrum für Automatisierungstechnik (in Planung), Zentrum für Qualitätssicherung (in Planung),
FH Gießen-Friedberg: Zentrum Umwelttechnologie

Mecklenburg-Vorpommern

Bisher bestehen keine An-Institute an Fachhochschulen.

Niedersachsen (An-Institute)

FH-Wilhelmshaven: Institut für Automatisierungstechnik und Umwelttechnik
FH Osnabrück: Institut für Automatisierungstechnik, Oberflächenanalytik und Oberflächentechnik
FH Braunschweig/Wolfenbüttel: Institut für Entsorgungstechnik

Anmerkung: Diese Institute sind unselbständige Betriebsstätten der "Niedersächsischen Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung (NATI) GmbH".

Nordrhein-Westfalen (nur An-Institute)

FH Aachen: Institut für Industrieaerodynamik
FH Bielefeld: CAE-Institut für Produktentwicklung und -optimierung in NRW, Gründer- und Anwendungszentrum für Fördertechnik und Automatisierung
FH Dortmund: Institut für betriebliche Informationssysteme und Expertensysteme (IbIEs), Emscher-Lippe Institut für Automatisierungstechnik und Qualitätssicherung (ELIAS) GmbH (Herne), Institut für technologische Entwicklung im Handwerk (ITEH)
FH Düsseldorf: Institut für Kommunikation und Marketing e.V.
FH-Köln: Institut für Licht- und Bautechnik, Institut für betriebswirtschaftliche Weiterbildung
Märkische FH: Kunststoff Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW, Institut für Entsorgung und Umwelttechnik GmbH, Deutsches Institut für Angewandte Lichttechnik GmbH, Institut für Instandhaltung GmbH (IFIN), Institut für Umformtechnik GmbH
FH Münster: Institut für Abfall- und Abwasserwirtschaft, Institut für textile Bau- und Umwelttechnik GmbH, Institut für mittelstandsorientierte Betriebswirtschaft
FH Niederrhein: WfK-Forschungsinstitut für Reinigungstechnologie e.V.

Rheinland-Pfalz

Bisher bestehen keine An-Institute.

Saarland

Hochschule für Technik und Wirtschaft: Institut für Technologietransfer (FITT) (An-Institut), Institut für Umweltinformatik (IUI) (An-Institut)

Sachsen (An-Institute)

HTWS Zittau/Görlitz: Institut für Prozeßtechnik, Prozeßautomatisierung und Meßtechnik (IPM) e.V.
HTW Mittweida: Forschungszentrum Mittweida (FOM) e.V.

Sachsen-Anhalt (An-Institute)

FH Magdeburg: Institut für Automation und Kommunikation, Institut für Wasserwirtschaft, Institut für Technische Neurowissenschaften, Institut für Fertigungstechnik, Institut für Wasserwirtschaft
FH Anhalt: Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik in Schönebeck, Institut für Biotechnologie, Institut für Pharmazie, Institut für CAD, Computer und Design in Halle, Institut für Umwelt und Lebensmitteltechnologie in Köthen

Schleswig-Holstein (An-Institute)

FH Flensburg: Institut für Schiffsbetriebsforschung
FH Kiel: Institut für Weiterbildung, Institut für C/JM-Technologie-Transfer, Materialprüfanstalt
FH Lübeck: Technologisches Zentrum, Institut für technisches Vorlesungswesen

Thüringen

Bisher bestehen keine An-Institute.

Finanzielle Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an Fachhochschulen Einrichtung von Instituten und An-Instituten

Land	Sonderprogramm FuE (FH) (jährliche Mittel in DM)	Förderung von Instituten (rechtliche Regelung, finanzielle Förderung)	Sonstige Programme
Baden-Württemberg (1)	FuE (FH) Programm 2,5 Mio. jährlich für die IIT 3,0 Mio. in 1995 für innovative Projekte	gesetzliche Regelung im HG Gründung und Finanzierung von "Instituten für Innovation und Transfer (IIT)" (Institute in den Fachhochschulen) FuE-Koordinierungsstelle	Kooperation mit der Steinbeisiftung Transferzentren (An-Institute)
Bayern (2)	kein eigenes FH-Programm keine gesonderte Förderung	gesetzliche Regelung im HG durch z.B. Wirtschafts- u. Umweltministerium	Ressortforschung
Berlin (3)	kein eigenes FH-Programm	gesetzliche Regelung im HG Anschubfinanzierung	keine Angaben
Brandenburg (4)	FuE-Programm für Geistes-, Sozial- u. Wirtschaftswissen- schaften sowie künstlerische Entwicklungsvorhaben an allen Hochschulen, 2,45 Mio./1994	Regelung über Kooperationsvereinbarungen Förderung wirtschaftsnaher Forschung und Technologieberatung durch Landesmittel	Mittel für wiss. Mitarbeiter und Forschungssemester
Bremen (5)	FuE-Programm für 3 HS rd. 500.000 DM jährlich	gesetzliche Regelung im HG Förderung durch Bereitstellung von Wirtschaftsfördermitteln	Mittel anderer Landesressorts
Hansestadt Hamburg (6)	kein eigenes FuE-Programm Haushaltsmittel zur Freistellung für Forschungstätigkeiten	gesetzliche Regelung im HG Förderung durch Haushaltsmittel	Haushaltstitel "Allgemeine Forschungsförderung"
Hessen (7)	rd. 1,1 Mio. jährlich	keine speziellen Vorgaben	Ermäßigung der Lehrverpflichtung
Mecklenburg-Vorpommern (8)	300.000 jährlich	keine speziellen Vorgaben	nein
Niedersachsen (9)	1,5 Mio. jährlich	gesetzliche Regelung im HG, Erlaß Anschubfinanzierung	Assistentenprogramm FuE-Schwerpunkte
Nordrhein-Westfalen (10)	kein eigenes Programm	gesetzliche Regelung im HG finanzielle Förderung	Förderung von FuE-Schwerpunkten
Rheinland-Pfalz (11)	zusätzliche Mittel für FH FuE Mittel antragsabhängig	keine rechtliche Regelung	Haushaltsmittel Freistellungen
Saarland (12)	Eigenmittel der Fachhochschule in Höhe von 425.000 DM	gesetzliche Regelung im HG Institutionell und Projektförderung	SAFF-Nachfolgeprogramm
Sachsen (13)	für 1995 4,5 Mio.	gesetzliche Regelung im HG Förderung von Forschungszentren	Forschungsförderprogramm des Freistaates Sachsen
Sachsen-Anhalt (14)	eigenes Programm	per Runderlaß	weitere landeseigene Förderprogramme
Schleswig-Holstein (15)	zusätzliche Mittel in Höhe von 865.000 DM jährlich	keine rechtliche Regelung	Technologiestiftung Schleswig-Holstein
Thüringen (16)	kein eigenes Programm	keine rechtliche Regelung einmalige Finanzierung der Grundausrüstung	

Anmerkungen

- 1) Baden-Württemberg: Das Schwerpunktprogramm zur Förderung von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen dient dem Betrieb der Institute für Innovation und Transfer und ermöglicht die Finanzierung von Sachmitteln, Personalmitteln und Freistellungen. Für Anschaffung bzw. Erweiterung der Grundausrüstung stehen zusätzliche Mittel zur Verfügung. Diese Mittel sind ausschließlich für die projektunabhängige Forschungsförderung bestimmt. Die Gutachtergruppen haben darauf zu achten, daß die für die Schwerpunkte der IIT zugewiesenen Mittel gezielt für die Verbesserung der Grundausrüstung zur Durchführung von Forschung und Entwicklung in Schwerpunktbereichen im Hauptamt verwendet werden. Für die Förderung innovativer Forschungsvorhaben sind für 1995 zusätzlich 3,0 Mio. DM eingestellt.
- 2) Bayern: Fachhochschulinststitute als wissenschaftliche Einrichtung der Hochschule gibt es in Bayern nicht. Es bestehen 2 An-Institute.
- 3) Berlin: Das Engagement zur angewandten Forschung in den Fachhochschulen wird durch die verbesserten Möglichkeiten zur Vergabe von Freiemestern und zur Vergabe von Lehrermäßigungen für Forschungszwecke unterstützt.
- 4) Brandenburg: Das Forschungsprogramm ermög-

licht die Finanzierung von Sachmitteln, Personalmitteln und zum Teil der Grundausrüstung. Das Betreiben von Instituten und An-Instituten stützt sich auf Kooperationsvereinbarungen. Es werden finanzielle Mittel des Landes vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie bereitgestellt.

- 5) Bremen: Für 2 Fachhochschulen (Hochschule Bremen und Hochschule Bremerhaven) sowie die Kunsthochschule stehen jährlich Mittel in Höhe von rd. 500.000 DM zur Verfügung. Hiermit können sowohl Sachmittel als auch Personalmittel, Freistellungen und Grundausrüstung finanziert werden. Förderung ist außerdem durch die Bereitstellung von Wirtschaftsfördermitteln möglich, soweit das An-Institut insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur gegründet wird. In der Hochschule Bremen bestehen mehrere Institute. In Bremerhaven ist das Technologietransferzentrum an der Hochschule Bremerhaven mit mehreren Instituten in Trägerschaft eines eingetragenen Vereins eingerichtet worden. Sonstige Fördermöglichkeiten bestehen aus Mitteln anderer Landesressorts insbesondere im Bereich der angewandten Umweltforschung und der Mittelstandsforschung sowie zur Förderung des FuE-

Verbunds mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Antragsunterlagen liegen der Geschäftsstelle vor.

- 6) Hamburg: Zur Entlastung von forschungsaktiven Professoren von Lehraufgaben wurden in den Jahren 1993 und 1994 jeweils 400.000 DM der FH Hamburg im Rahmen des Struktur- und Entwicklungskonzepts (Steko) zur Verfügung gestellt. Im Rahmen eines Haushaltstitels "Allgemeine Forschungsförderung" stehen im Jahr 1994 Mittel in Höhe von 195.000 DM z.B. für die Anschubfinanzierung größerer Vorhaben zur Verfügung.
- 7) Hessen: Aus dem Forschungsförderungsprogramm können Sachmittel, Personalmittel und in Einzelfällen auch Grundausrüstung finanziert werden. Eine Ermäßigung der Lehrverpflichtung ist ohne Ausgleich aus Zentralmitteln möglich.
- 8) Mecklenburg-Vorpommern: Aus dem FH-Forschungsprogramm können Sachmittel, Personalmittel und Grundausrüstung finanziert werden.
- 9) Niedersachsen: Aus FuE-Mitteln können Sachmittel, Personalmittel und Freistellungen finanziert werden. Die Errichtung der "Institute für technisch-wissenschaftliche Innovation (ITI)" als An-Institute ist vom Land mit Investitionsmitteln und auch mit laufenden Mitteln für die Anlaufphase gefördert worden. Zur Förderung der Forschungsausrüstung gewährt das Programm zur Förderung

von FuE-Schwerpunkten jeweils für fünf Jahre jeweils mit einem Volumen von etwa 1,5 Millionen DM die Beschäftigung von 2 bis 3 wissenschaftlichen Mitarbeitern und eine gewisse Geräteausstattung. Ein FuE-Schwerpunkt besteht aus einem Bündel von Projekten in einem interdisziplinären Anwendungsschwerpunkt wie Automatisierungssysteme (Osnabrück) oder Abfalltechnik (Nordostniedersachsen).

- 10) Nordrhein-Westfalen: Das Land fördert die Gründung von Instituten in und an Fachhochschulen mit Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Die Gründung von Forschungsschwerpunkten an Fachhochschulen wird für die ersten drei Jahre mit maximal 360.000 DM gefördert.
- 11) Rheinland-Pfalz: Die Genehmigung von Mitteln für Forschungsvorhaben an Fachhochschulen ist antragsabhängig. Es können Mittel für Sachmittel und Personalmittel beantragt werden. Es ist möglich, Freistellungen im Rahmen der Haushaltsmittel auszugleichen.
- 12) Saarland: Die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes verfügt über eigene Mittel zur Forschungsförderung in der Höhe von 425.000 DM jährlich. Diese Mittel stehen für die Finanzierung von Sachmitteln und Grundausstattung zur Verfügung. Zwischen 1989 und 1992 standen aus den Mitteln des Montanprogramms Mittel in Höhe von rd. 4,3 Millionen DM für das Modellvorhaben Stimulierung anwendungsbezogener Forschung an Fachhochschulen (SAFF) zur Verfügung (vgl. den auch hochschul- und forschungspolitisch wegweisenden Abschlußbericht) zur Verfügung.
- 13) Sachsen: Ein für 1995 geplantes Programm ermöglicht die Förderung von Sachmitteln, Personalmitteln und Freistellungen. Antragsunterlagen werden derzeit erarbeitet. Die Einrichtung von Forschungszentren an Fachhochschulen wird vom Freistaat Sachsen finanziell gefördert. Daneben besteht die Möglichkeit der Projektförderung. Sie soll die Drittmittelfähigkeit für die Einwerbung von Fördermitteln stärken und ist vor allem auf die Ergänzung der Grundausstattung abgestellt. Antragsunterlagen für das Jahr 1995 liegen der Geschäftsstelle vor.
- 14) Sachsen-Anhalt: Das Landesprogramm ermöglicht die Finanzierung von Sach- und Personalmitteln. An-Institute werden durch Projektfördermittel des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr gefördert.
- 15) Schleswig-Holstein: Seit 1986 verfügt die Schleswig-Holsteinische Landesregierung im Haushalt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport über einen Fonds für "Besondere Forschungsvorhaben". Mit diesen Mitteln sollen neue Forschungsvorhaben angeregt und vorbereitet werden. Engpässe bei der Durchführung laufender Vorhaben beseitigt, Drittmittel für die Forschung eingeworben und die Gründung neuer Forschungseinrichtungen initiiert werden. Außerdem soll der Fonds den Technologietransfer und die Verbreitung von Forschungsergebnissen fördern. Er steht allen Hochschulen und hochschulnahen Forschungsinstituten sowohl für Vorhaben der Grundlagenforschung als auch für Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung zur Verfügung; es können auch Vorhaben außerhalb der Hochschulen gefördert werden. Wesentliches Vergabekriterium ist die laufende oder zu erwartende Bewilligung von Drittmitteln (DFG, BMFT oder Beteiligung von Firmen, Organisationen und Behörden). Dies ist vor allem auch wegen der qualitativen Einschätzung durch einen Drittmittelgeber wichtig. Bei den Fachhochschulen werden auch umfangreichere Projektfinanzierungen nur aus Landesmitteln vorgenommen. Anträge von Wissenschaftlern werden über das Rektorat ihrer Hochschule an das Ministerium gestellt. Hier werden die Anträge geprüft und entschieden. Mit diesem Fonds werden in erster Linie der Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen getätigt; es können aber auch Zeitverträge, Werkverträge und sächliche Verwaltungsausgaben finanziert werden. Die Möglichkeiten Zeitverträge abzuschließen, sind beschränkt. Daher wird der Fonds überwiegend für kurzfristige Überbrückungen bei Drittmittelprojekten in Anspruch genommen.
- 16) Thüringen: Grundsätzlich fördert Thüringen die Gründung von Instituten und An-Instituten in und an Fachhochschulen. Bei Gründung eines Instituts oder An-Instituts besteht Fördermöglichkeit über eine einmalige Zuwendung zur Finanzierung von Grundausstattung. Ferner kann eine Einrichtung als Partner an den von Thüringen geförderten Verbundprojekten beteiligt werden.

Förderung von Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen in Deutschland

Im Sommer dieses Jahres führte der h/b eine bundesweite Umfrage nach den Möglichkeiten finanzieller Förderung von F&E-Vorhaben an Fachhochschulen und den Rahmenbedingungen für Gründung, Anerkennung und Betreiben insbesondere von Instituten an Fachhochschulen durch. Erste Ergebnisse liegen hiermit vor.

Forschung und Entwicklung haben sich in den letzten Jahren an den Fachhochschulen erfreulich intensiviert und treffen heute auf insgesamt bessere Rahmenbedingungen als noch Ende der achtziger Jahre. Nachdem traditionelle Fördermöglichkeiten wie DFG und BMFT nur eingeschränkt ihre Programme auf die speziellen Rahmenbedingungen an den Fachhochschulen abgestellt haben, war es nur konsequent, daß einzelne Länder, aber auch der Bund (wir berichteten z.B. in DNH 6/93) eigene FH-Förderprogramme auflegten.

Das Bundesprogramm zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen wurde 1992 mit 5 Millionen DM begonnen. Das Gesamtvolumen ist einschließlich 1994 seither auf knapp 15 Millionen DM angewachsen. Es wurden rund 100 Projekte mit insgesamt 9 Millionen DM gefördert. Für 1995 sind wiederum 5 Millionen DM eingestellt. Der Annahmeschluß für Anträge wird voraussichtlich im Februar 1995 liegen. Bitte fragen Sie im Rektorat nach Antragsunterlagen.

Diese Entwicklung ist sicherlich auch der insbesondere in den Jahren 1989 und 1990 intensiv geführten Diskussion zu verdanken. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an mehrfach durchgeführte Anhörungen im Bundestag und in den Ländern, in denen der h/b den mangelnden Zugang zu traditionellen Förderprogrammen beklagte.

Dabei gehen die Länder jeweils sehr unterschiedliche Wege. Während Hamburg insbesondere die Freistellung durch Haushaltsmittel der Hochschule fördert und auch innerhalb der Lehrverpflichtungsverordnung entsprechende Möglichkeiten geschaffen hat (vgl. DNH 2/94, Seite 26f.) fördern Baden-Württemberg und Niedersachsen die Gründung von Instituten

mit erheblichen Mitteln. Darüber hinaus muß für Niedersachsen das Assistentenprogramm erwähnt werden, das einmalig für Deutschland die Forschungsvorhaben von FH-Absolventen unter Leitung eines FH-Professors in Kooperation mit einem Universitätsprofessor fördert. Neben Hamburg bietet das Saarland der Hochschule die Möglichkeit, vorhandene Mittel selbständig zu verteilen und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Nordrhein-Westfalen setzt vor allem auf An-Institute und hat für deren Gründung und Betrieb besonders günstige Bedingungen geschaffen.

Die finanzielle Förderung von Forschungsvorhaben ist nicht der alleinige Weg zur Weiterentwicklung der Forschung an Fachhochschulen. Es müssen entsprechende Regelungen für Institute und An-Institute geschaffen werden und innerhalb der Lehrverpflichtungsverordnung mehr als bisher Freistellungen möglich sein. Zusätzliche Programme wie das niedersächsische Assistentenprogramm ergänzen die Rahmenbedingungen.

Handlungsbedarf besteht aber weiterhin bei der fachhochschulspezifischen Abfassung von EG-Programmen. In diese Richtung wird der h/b initiativ werden.

Mit einer einmaligen Umfrage kann die Forschungssituation in den einzelnen Ländern nicht vollständig erfaßt werden. Weitere Fördermöglichkeiten, Institute und An-Institute sind zu ergänzen. Nur so läßt sich mit der Zeit ein vollständiges Bild der Forschungsförderung gewinnen. Die Leserinnen und Leser sind aufgerufen, den h/b auf Fehlendes hinzuweisen. Die im Text erwähnten Unterlagen können bei der Geschäftsstelle des h/b angefordert werden.

(H.M.)

Hinweis:

Eine Zusammenstellung der Rechtsvorschriften zur Gründung, Anerkennung und zum Betreiben von An-Instituten in den Bundesländern wurde vom Autor angefertigt und kann über die Geschäftsstelle bezogen werden

Das Interview

Mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg Klaus von Trotha

*Baden-Württembergs
Hochschulpolitik
galt lange Zeit als
mustergültig.*

*Die starre Haltung der
Landesregierung zur
Höhe des Lehrdeputats
sowie Inhalt und Art der
Gesetzesnovellierung:
Sind sie Zeichen
einer Trendwende?
Einen Einblick in die
Zukunft der Fach-
hochschulen vermitteln
die Aussagen des
Interviews.*

Klaus von Trotha



DNH: Herr Minister, im April dieses Jahres haben Sie einen Entwurf zur **Novellierung der Hochschulgesetze** vorgelegt. Was beabsichtigen Sie mit dem dort beschriebenen Maßnahmenbündel?

von Trotha: Es geht uns im Kern darum, die Funktionsfähigkeit unserer Hochschulen in Lehre, Forschung und Studium angesichts hoher Überlast und knapper Haushaltsressourcen zu gewährleisten und zu verbessern. Diese Aufgabe stellt einen der politischen Schwerpunktbereiche der Landesregierung Baden-Württemberg dar. Diesem Ziel dienen die wesentlichen Regelungen, die Gegenstand der von der Landesregierung inzwischen im Landtag eingebrachten Hochschulgesetznovelle sind.

DNH: In dem Anhörungsentwurf zur FHG-Novellierung sollte zur **Stärkung der Hochschulleitung** die Allzuständigkeit des Senats ersetzt werden durch eine Allzuständigkeit des Rektors. Der Senat soll nur noch die Entscheidungsbefugnis für grundsätzliche Angelegenheiten von Lehre, Studium und Forschung ausüben. Wie stehen Sie zu dem Einwand, daß über Entscheidungen in Verwaltungsangelegenheiten der Rektor die Entscheidungskompetenz des Senates umgehen und aushebeln kann?

von Trotha: Die Hochschulgesetznovelle läßt den Kernbereich der Aufgaben des Senats - die grundsätzliche Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung - unberührt. Dies bedeutet, daß auch Verwaltungsangelegenheiten, die diesen Kernbereich betreffen, vom Senat zu entscheiden oder zumindest mit ihm abzustimmen sind. Ich kann deshalb den Einwand, der Rektor könne die Entscheidungskompetenz des Senats "aushebeln", nicht gelten lassen. Ich sehe im übrigen in der Entlastung des Senats von Verwaltungsangelegenheiten eine Chance dafür, daß

der Senat durch Konzentration auf seine wesentlichen Aufgaben effektiver arbeiten kann. Im Interesse der Hochschulautonomie ist mir an leistungsfähigen Organisations- und Entscheidungsstrukturen gelegen.

DNH: Die Fachhochschulen kennen wie keine andere Hochschulart Hochschulleitungen mit einer tatsächlichen Amtszeit von häufig weit mehr als zehn Jahren. Somit besitzen sie praktisch professionelle Hochschulleitungen. Sehen Sie die weitere **Professionalisierung der Leitungen** an Fachhochschulen trotzdem als hochschulpolitisches Ziel?

von Trotha: Eine wesentliche Maßnahme im Zuge der Verwirklichung der "inneren Hochschulreform", deren Notwendigkeit ganz überwiegend bejaht wird, ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsfähigkeit der Hochschulleitungen. Dieses Ziel ist allein durch eine längere Amtsdauer des Rektors nicht zu erreichen. Hierzu bedarf es auch einer neuen Festlegung der Zuständigkeiten der Organe. Die Stärkung der Stellung des Rektors ist erforderlich, um ein effektiveres Hochschulmanagement praktizieren zu können.

DNH: Die Gesetzesänderungen in Nordrhein-Westfalen sehen ebenso wie Ihr Gesetzentwurf den "**starken Dekan**" mit Weisungsbefugnis vor. Diese Regelung hat dort zu Unsicherheit darüber geführt, was denn unter "Weisungsbefugnis" zu verstehen sei. Wo sehen Sie die Grenzen, die der Weisungsbefugnis durch das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Freiheit von Forschung und Lehre gesetzt sind?

von Trotha: Das Aufsichts- und Weisungsrecht des künftigen Dekans ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß in der Vergangenheit immer wieder festgestellt werden mußte, daß einzelne Fachbereiche die nach Studien- und Prüfungsordnungen sowie Studienplänen erforderlichen Lehrveranstaltungen nicht ordnungsgemäß angeboten haben oder einzelne Dozenten ihrer Lehrverpflichtung nicht vollständig nachgekommen sind. Dabei ging es nie um Fragen, die die Freiheit der Lehre berühren. Dieses auch in § 4 Abs. 3 Fachhochschulgesetz hervorgehobene Recht mit Verfassungsrang wird durch die erweiterte

Kompetenz des künftigen Dekans nicht in Frage gestellt. Das Aufsichts- und Weisungsrecht dient dazu, im Interesse anderer Hochschullehrer und insbesondere auch der Studierenden eine sinnvolle Organisation des "Lehrbetriebs" zu erreichen und die Einhaltung der ohnehin aufgrund der dienstrechtlichen Stellung bestehenden Verpflichtungen der Hochschullehrer zu gewährleisten.

DNH: Baden-Württemberg hat durch die Einrichtung der Studienkommission für Hochschuldidaktik frühzeitig auf die Förderung der hochschuldidaktischen Fähigkeiten der Hochschullehrer an Fachhochschulen gesetzt. Das Interesse der Lehrenden an Weiterbildungsmaßnahmen ist groß und auch die Bereitschaft zur freiwilligen Teilnahme an Lehrevaluierungen. Warum wollen Sie die hochschulinterne Veröffentlichung der Evaluation ermöglichen? Versprechen Sie sich von einem ranking der Lehrenden im Endergebnis eine bessere Lehre? Welche weitergehenden Konsequenzen haben hochschulinterne Evaluationen?

von Trotha: Mit der Studienkommission für Hochschuldidaktik verfügt der Fachhochschulbereich in Baden-Württemberg über eine einzigartige Einrichtung, die insbesondere durch ihre Fortbildungsmaßnahmen viel dazu beiträgt, die Lehre an Fachhochschulen zu optimieren. Diesem Zweck sollen auch die Lehrberichte dienen: Sie unterscheiden sich aber grundlegend von der Aufgabenstellung der Studienkommission. Lehrberichte wenden sich vorrangig an die Hochschule selbst. Sie sollen diese veranlassen, den Ursachen möglicher Probleme nachzugehen und sie zu beseitigen. Dies ist insbesondere bei überdurchschnittlichen Studienzeiten in Teilbereichen, auffälligen Prüfungsergebnissen oder mangelnder Auslastung von Studiengängen oder Studienschwerpunkten angezeigt. Lehrberichte stellen also ein Instrument der Selbstkontrolle der Hochschule dar. Sie können auch durchaus die Ergebnisse von Evaluationen einzelner Lehrveranstaltungen aufgreifen. Ein ranking von Lehrenden ist damit nicht bezweckt. Wann die Evaluation einzelner Lehrveranstaltungen sinnvoll ist, ist von den Fachbereichen und vom einzelnen Dozenten im Einzelfall zu entscheiden. Im

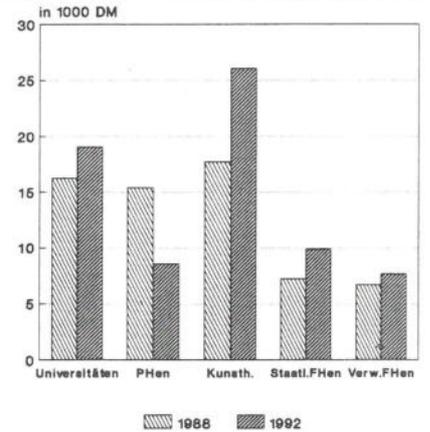
Hinblick auf die im wesentlichen positiven Erfahrungen mit formalisierter Veranstaltungskritik gehe ich davon aus, daß die Hochschulen und Dozenten sich zunehmend auch dieses Instrument zur Verbesserung der Lehre zu Nutze machen werden.

DNH: Zu Beginn dieses Jahres hat eine von Ihnen eingesetzte Kommission Möglichkeiten der Erweiterung des Fächerspektrums an Fachhochschulen benannt. Ihre Ergebnisse sollen die Fachhochschulen nun kostenneutral umsetzen. Gleichzeitig wird die Universität Freiburg um eine Fakultät "für angewandte Wissenschaften" erweitert und an der Universität Mannheim ein Studiengang "Technische Informatik" eingerichtet. In Mannheim sind allein neun Professuren geplant; Mittel in beträchtlicher Höhe sind für den 23. Rahmenplan Hochschulbau angemeldet. Wie verträgt sich diese Tatsache mit Ihrer Äußerung in den Thesen zur Hochschulpolitik, daß "wegen des Anwendungsbezugs und der Arbeitsmarktnähe v.a. die Fachhochschulen auszubauen" sind?

von Trotha: Beim Ausbaustand praxisorientierter Studienangebote nimmt Baden-Württemberg unter den Bundesländern einen Spitzenplatz ein. Unter Einschluß der Berufsakademien liegt der Anteil an Studienanfängerplätzen in praxisbezogenen Studiengängen bei rd. 35%. Seit Anfang der 90er Jahre läuft ein Ausbauprogramm zugunsten der Fachhochschulen, das rund 1.600 zusätzliche Studienanfängerplätze an Fachhochschulen verwirklicht. Bei der Einrichtung der neuen Fakultäten an den Universitäten Freiburg und Mannheim werden nicht einmal 300 Studienanfängerplätze neu eingerichtet. Ein Teil der für diese neuen Fakultäten erforderlichen Ausstattung wird von den beiden Universitäten beigetragen.

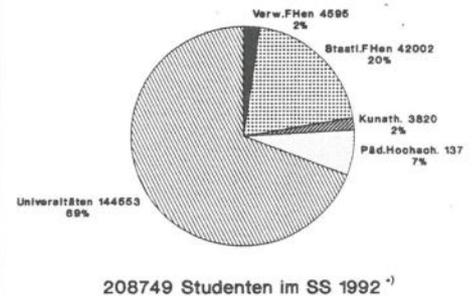
Der Abschnitt aus meinen "Thesen zur Hochschulpolitik", aus dem Sie zitiert haben, behandelt gerade das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen sehr differenziert. Verantwortliche Hochschulpolitik bedeutet für mich, die mittel- und längerfristigen Bedürfnisse aller Hochschularten nebeneinander zu berücksichtigen. Ich glaube, daß das gerade in Baden-Württemberg in den letzten Jahren gelungen ist.

Die Ausgaben je Student sind an den Fachhochschulen halb so hoch wie an den Universitäten



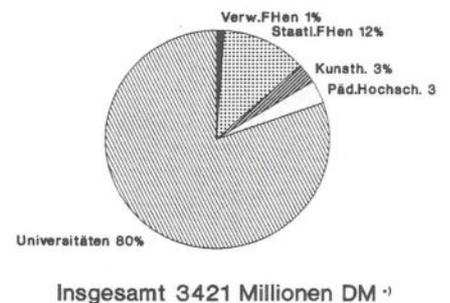
Daten aus Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 6/94, S.294 Grafik: D.Loos 1994

An den Fachhochschulen studieren 1992 insgesamt 22 % der Studenten



¹⁾ ohne private Hochschulen Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 6/94, S.294 Grafik: D.Loos 1994

13 % der Hochschulausgaben 1992 sind für die Fachhochschulen



¹⁾ ohne private Hochschulen Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 6/94, S.294 Grafik: D.Loos 1994

DNH: Die deutsche Einheit hat neben vielen anderen Themen auch die Zukunft der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung (FhÖV) erneut in unser Bewußtsein gerückt. Mittlerweile werden die FhÖV in ihrem Streben nach Öffnung durch das Drängen der Finanzminister auf Entlastung der öffentlichen Haushalte unterstützt. In Baden-Württemberg haben die FhÖV einen vergleichsweise hohen Stand der Entwicklung erreicht, sie sind aber interne Hochschulen geblieben. In einem Gutachten für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft schlagen die Autoren *Brinkmann/Hommerich/Pippke* vor, die FhÖV mittelfristig in die bestehenden öffentlichen Hochschulen zu überführen und eine Ausbildung für das private und öffentliche Management anzubieten. Teilen Sie die Ergebnisse des Gutachtens?

beitsgruppe des Wissenschaftsrats sogar eine eigene Empfehlung zu "verwaltungsinternen Fachhochschulen" vor. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird man sie prüfen müssen, auch im Hinblick darauf, ob die eine interne Fachhochschulausbildung rechtfertigenden Voraussetzungen, wie etwa die Übernahme der Absolventen durch die einschlägigen Verwaltungen, weiterhin gegeben sind.

DNH: Mit Ablauf des Jahres 1995 läuft die gültige **Lehrverpflichtungsverordnung** aus. 1990 richteten Sie als Landtagsabgeordneter eine Anfrage an das damalige Ministerium für Wissenschaft und Kunst bezüglich eines Konzepts, "die Bemühungen um eine Verbesserung der materiellen und immateriellen Rahmenbedingungen für das Professorenamt als Voraussetzung für die Gewinnung qualifizierter Bewerber verstärkt fortzusetzen". Damals antwortete der Minister, "das Ministerium unterstützt eine Verkürzung der Lehrverpflichtung auf zunächst 16 Semesterwochenstunden nach dem Außerkräfttreten der LVVO". Werden Sie dem Kabinett eine LVVO mit 16 Semesterwochenstunden für Fachhochschulprofessoren vorlegen?

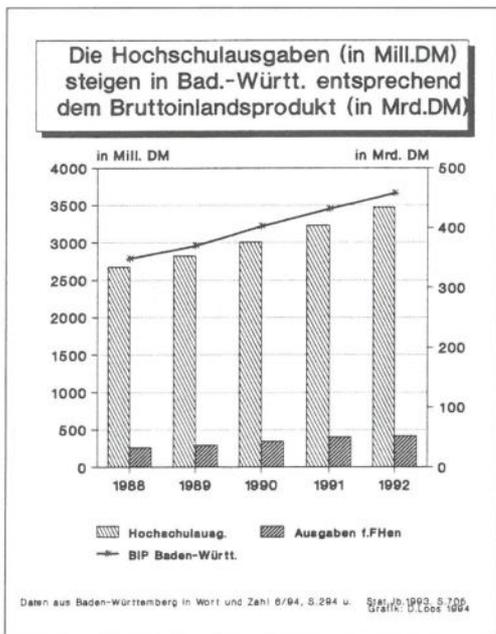
von Trotha: Bei der damaligen Festlegung der derzeit geltenden Regellehrverpflichtung für Fachhochschulprofessoren ging man davon aus, daß jedenfalls bis Ende 1995 mit einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen gerechnet werden kann. Auch im Jahre 1990 konnte man von dieser Annahme noch ausgehen. Die Prognose, daß die Zahl der Studierenden zurückgeht und sich die finanzielle Situation im Hochschulbereich verbessern wird, hat sich leider nicht bewahrheitet. Die Situation ist mittelfristig von einer weiter steigenden Nachfrage nach wissenschaftsbasierter Ausbildung und erheblichen Finanzierungsproblemen des Landes gekennzeichnet. Obwohl ich der Auffassung bin, daß eine Verkürzung der Regellehrverpflichtung wünschenswert ist, bin ich skeptisch, ob dieses Ziel angesichts der Koalitionsvereinbarung, keine neuen Stellen zu schaffen, in nächster Zeit erreichbar ist.

DNH: In Ihren "Leitlinien und Struktur der Forschungspolitik" stellen Sie 1992 fest: "Angewandte

Forschung und Entwicklung ist keine Daueraufgabe, sondern auf Zeit angelegt; für sie gibt es keine Infrastruktur auf Dauer; sie muß sich durch die Einwerbung von öffentlichen und privaten Drittmitteln zu einem erheblichen Teil selbst tragen; die Fachhochschulen bilden keinen wissenschaftlichen Nachwuchs aus." Wie stehen Sie zu folgenden Thesen: Forschung ist zur Sicherung der Qualität der Lehre und damit auch der Qualität der FH-Absolventen notwendig; anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung kann nicht auf Zeit angelegt werden; Forschung entwickelt sich nur dort weiter, wo kontinuierlich geforscht wird; die Einwerbung von Drittmitteln ist nur nach einem Vorlauf von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten möglich; wegen der geringen Vergütung der Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst können hochqualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiter auf Zeit nur durch die Möglichkeit einer Weiterqualifizierung gewonnen werden?

von Trotha: Die Leitlinien der Forschungspolitik sind für den Bereich der Fachhochschulen in der im Juli 1993 vorgelegten "Konzeption für die Förderung von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen in Baden-Württemberg" konkretisiert. Dort wird der enge Zusammenhang zwischen angewandter Forschung und der Sicherung der Qualität der Lehre ausdrücklich betont. Forschung und Entwicklung gehören nach baden-württembergischen Hochschulrecht zu den Aufgaben der Fachhochschulen und ihrer Professoren. Allerdings kann eine Befreiung von der Lehrverpflichtung zugunsten von Forschungstätigkeiten nur jeweils befristet erfolgen. Auch die Forschungsförderung an Fachhochschulen - Baden-Württemberg wendet hierfür rd. 5 Mio DM pro Jahr auf - ist immer zeitlich begrenzt und unterliegt stets der Evaluation durch Gutachter.

Ziel der staatlichen Projektförderung ist nach der Forschungskonzeption vor allem die Herstellung der Drittmittelfähigkeit. Die Förderung eines Projekts setzt deshalb in aller Regel voraus, daß dessen Fort- und Mitfinanzierung durch Drittmittelgeber nach Abschluß der Anlaufphase zu erwarten ist. Wissenschaftliche Mitarbeiter haben im Rahmen des vom Ministerium ge-



von Trotha: Das von Ihnen zitierte Gutachten, das für den BMW erstellt wurde, liegt mir nicht vor. Ich bin der Auffassung, daß sich die Ausbildung, die die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg anbieten, bewährt hat. Dies wird insbesondere von den abnehmenden Verwaltungen bestätigt. Das schließt nicht aus, daß es neben der Frage der Qualität und der Akzeptanz dieser Ausbildung auch noch andere Gesichtspunkte gibt, die es rechtfertigen, den Status dieser Fachhochschulen zu überdenken. Der Wissenschaftsrat hat dieses Thema in seinen Stellungnahmen wiederholt angesprochen. Gegenwärtig bereitet eine Ar-

förderten zentralen Assistentenfortbildungsprogramms sowie durch die Mitwirkung an Forschungsvorhaben, insbesondere an Verbundprojekten, ohne weiteres die Möglichkeit einer Weiterqualifizierung.

DNH: Die Strukturkommission "Fachhochschule 2000" hat für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit an Fachhochschulen die Einrichtung eines Forschungspools von 20% des Bruttodeputats an jeder Fachhochschule zum Deputatsausgleich für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gefordert. Im Einzelfall solle eine Freistellung bis zur Hälfte des Lehrdeputats betragen können. Inwieweit wollen Sie diesem Vorschlag folgen und die anwendungsorientierte Forschung im Hauptamt stärker als bisher ermöglichen? Welchen Zeithorizont sehen Sie für die Verwirklichung der Forderung der Kommission?

von Trotha: Die Lehrverpflichtungsvereinbarung der KMK und die geltende Lehrverpflichtungsverordnung des Landes Baden-Württemberg stehen dagegen, den Fachhochschulen über die 7%-Regelung hinaus einen "Forschungspool" zur eigenverantwortlichen Verwaltung zuzuweisen. Die Einrichtung eines solchen Pools "von mittelfristig bis zu 20% der Gesamtlehrverpflichtung", wie von der Strukturkommission gefordert, würde zur Erhaltung der bestehenden Lehrkapazität erhebliche zusätzliche finanzielle Aufwendungen erfordern, die gegenwärtig nicht realisierbar sind. Baden-Württemberg hat deshalb einen anderen Weg beschritten: Nach § 45 Abs. 1 5. 3 FHG können Professoren an Fachhochschulen auf begrenzte Zeit ausschließlich oder überwiegend Forschungs- und Entwicklungsprojekte als Dienstaufgaben übertragen werden. Der Um-

fang der Freistellung von den sonstigen Dienstpflichten richtet sich dabei nach dem Maß der Inanspruchnahme durch die Forschungstätigkeit. Durch den individuellen Zuschnitt ihrer Dienstaufgaben kann den Fachhochschulprofessoren flexibel und bedarfsgerecht der für die Forschung notwendige Freiraum eröffnet werden.

DNH: Die Einheit Deutschlands hat auch die Diskussion um **Promotionsmöglichkeiten** der Absolventen und Absolventinnen der Fachhochschulen angeregt. Ihr Land hat frühzeitig gesetzliche Regelungen vorgenommen. Seit 1993 eröffnen alle 9 Universitäten in Baden-Württemberg den Fachhochschulabsolventen die direkte Promotionsmöglichkeit. Im Doppelhaushalt 1993/1994 wurden 200.000 DM für die finanzielle Förderung der Promotion von Fachhochschulabsolventen einge-

Baden-Württemberg im Vergleich

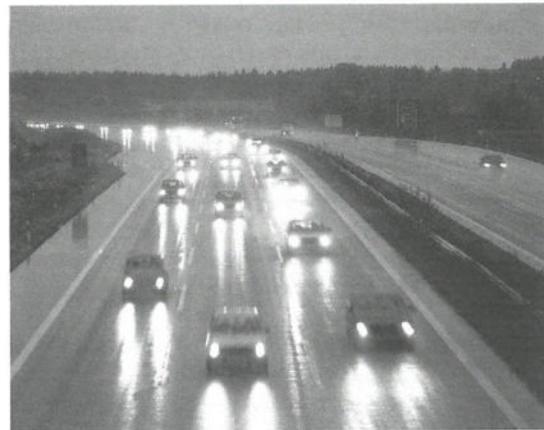
	Deutschland	Bad.-Württ.	Anteil BW an der BRD
BIP (in Mrd. DM)	3.107,5 ¹⁾	466,095 ⁴⁾	15,0%
BIP (je Einw. 1992)	37.000	45.000	
Erwerbstätige 92	35.831.000 ²⁾	4.864.000 ⁴⁾	13,6%
davon Arbeitnehmer	31.651.000 ²⁾		
Erwerbstätige 93	35.142.000 ²⁾	4.772.000 ⁴⁾	13,6%
Produktivität=reales BIP je Erwerbstätigen (Basis '91)	80.772 ³⁾	90.548 ⁴⁾	112,1%
Arbeitslose 1992	2.978.000 ²⁾	191.970 ⁴⁾	
Quote 10)	8,3%	3,9%	
mit FH/BA-Abschluß		1.149 ¹¹⁾	
mit HS/Uni-Abschluß		2.817 ¹¹⁾	
Arbeitslose 1993 (März)	3.363.900 ¹²⁾	265.200	
Quote	8,0%	5,9%	
mit FH/BA-Abschluß		1.503 ¹¹⁾	
mit HS/Uni-Abschluß		3.464 ¹¹⁾	
Bevölkerung 1991	80.275.000 ⁴⁾	10.002.000 ⁴⁾	12,5%
dar. Ausländer			
Bevölkerung 1992		10.740.000 ⁷⁾	
dar. Ausländer		1.206.000 ⁷⁾	

Quellen:

- 1) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1993, aus: Wirtschaft und Statistik 3/94, S.163 ff., S.163
- 2) aaO., S.164
- 3) aaO., S.164 und eigene Berechnungen
- 4) Das Bruttoinlandsprodukt 1993, aus: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 7/94, S.360 ff., S.361
- 5) aaO., S.361 und eigene Berechnungen
- 6) aaO., S.362
- 7) aaO., S.417
- 8) Statistisches Jahrbuch 1993 für die BRD, S.51
- 9) Statistisches Jahrbuch 1993 für die BRD, S.128
- 10) AL-Quote = Arbeitslose in % der Erwerbstätigen, eigene Berechnungen
- 11) Landtag von Baden-Württemberg Drs. 11/3686
- 12) Stat. Taschenbuch Baden-Württemberg 92/93

Zusammenstellung: D. Loos

Mit uns kommen Sie sicher weiter



Immer wenn Sie unterwegs sind, ist Freudenberg dabei: Dichtungen im ABS, Schwingungsdämpfer im ICE, Schmierstoffe in Kugellagern oder Autozuluftfilter sorgen für sichere und bequeme Fahrt.

Täglich begegnen Ihnen unsere Produkte: Vileda-Haushaltsartikel, Bodenbeläge, Vliesstoffe für Mode, Medizin, Landwirtschaft und Industrie. Hierfür sind 26 000 Mitarbeiter in aller Welt tätig.

Carl Freudenberg
D-69465 Weinheim



stellt. Gibt es schon promovierende Fachhochschulabsolventen in Baden-Württemberg? In welchem Maße wurde der Haushaltsansatz zur Förderung der FH-Absolventen in Anspruch genommen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, falls die Universitäten weiterhin den promotionswilligen Absolventen der Fachhochschulen unzumutbare Hindernisse in den Weg legen?

von Trotha: Zwei FH-Absolventen haben das Eignungsfeststellungsverfahren bereits durchlaufen und sind zur Promotion zugelassen worden. Mehrere Fachhochschulabsolventen stehen vor dem Abschluß des Eignungsfeststellungsverfahrens. Insgesamt befinden sich derzeit etwa 20 FH-Absolventen in Eignungsfeststellungsverfahren. Die von Ihnen zitierten Mittel zur Förderung von Promotionen von Fachhochschulabsolventen konnten in der Startphase nur teilweise abfließen. Für das Jahr 1994 kann davon ausgegangen werden, daß die Mittel in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Es werden derzeit zwölf Fachhochschulabsolventen gefördert. Soweit einzelne Fakultäten Hindernisse für promotionswillige Fachhochschulabsolventen aufgebaut haben, hat das Ministerium darauf hingewirkt, daß sie beseitigt werden. Der weit überwiegende Teil der Promotionsordnungen ist inzwischen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben angepaßt. Es besteht derzeit kein Anlaß zur Annahme, daß die Universitäten Baden-Württembergs den gesetzlichen Auftrag nicht umsetzen. Die Erfahrungen mit den bisherigen Teilnehmern des Eignungsfeststellungsverfahrens sind positiv, so daß der vereinzelt notwendige Umdenkungsprozeß vorangetrieben wird.

DNH: Bis zum Jahr 2000 wird ein Drittel aller Fachhochschulprofessoren in den Ruhestand eintreten. Für die Gewinnung von Nachwuchs spielt die **Besoldungsfrage** eine herausragende Rolle. Die Forderung nach einer Verbesserung des Stellenanteils von C 3-Stellen wird wohl von allen Beteiligten anerkannt. Wir zitieren die Antwort des Ministers auf Ihre Anfrage aus dem Jahre 1990: "Für die Gewinnung von Professoren ist eine leistungsgerechte Besoldung von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn man Wissenschaftler aus der Industrie mit der erwarteten Qualifikation gewin-

nen will, ist dies mit einer C 2-Besoldung immer weniger möglich. Das Ministerium hat sich daher in den vergangenen Jahren nachdrücklich für die Schaffung eines einheitlichen Professorenamtes der Besoldungsgruppe C 3 für Professoren an Fachhochschulen eingesetzt." Setzen auch Sie sich für ein einheitliches Professorenamt der Bes. Gr. C 3 ein und welche Vorstellungen haben Sie für dessen schrittweise Verwirklichung?

von Trotha: Die seinerzeitige Aussage meines Vorgängers, wonach das Professorenamt auch in finanzieller Hinsicht attraktiv sein muß, um für besonders qualifizierte Bedienstete aus der Wirtschaft von Interesse zu sein, gilt nach wie vor. Mittelfristig halte ich deshalb auch die Schaffung eines einheitlichen Professorenamtes der Besoldungsgruppe C 3 für Professoren an Fachhochschulen für wünschenswert. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Erhöhung des Anteils der C 3-Professorenstellen im Gesamtbestand der Professorenstellen von 50% auf 60% in den Haushaltsjahren 1993 und 1994. Über weitere Schritte läßt sich wegen der finanziellen Situation der öffentlichen Hand derzeit keine verbindliche Aussage machen.

Klaus von Trotha, Minister. geboren am 7.10.1938 in Berlin. Studium der Rechtswissenschaft und der Politischen Wissenschaft in Berlin, Bonn und München. Seit 1967 an der Universität Konstanz, Mitglied des Lehrkörpers der Verwaltungswissenschaftlichen Fakultät, 1970-80 Lehrbeauftragter an der PH Weingarten. 1991-92 Minister für Wissenschaft und Kunst, seit Juni 1992 Minister für Wissenschaft und Forschung. MdL seit 5.5.1976.

Kernforderungen des hlb-Baden- Württemberg an den Anhörungsentwurf zur Änderung der Hochschulgesetze

1. Zusammenfassung der verschiedenen Hochschulgesetze zu einem einheitlichen Hochschulgesetz
2. Namensänderung der Fachhochschulen in "Hochschulen für..."
3. Keine Verlagerung der Allzuständigkeit des Senats auf den Rektor
4. Entscheidung des Senats auch in Verwaltungsangelegenheiten, da "Verwaltung" auch für "Lehre, Studium und Forschung" stattfindet.
5. Kein ausschließliches Vorschlagsrecht des Rektors bei Stellen- und Mittelverteilung
6. Bestimmung des Fachbereichs, nicht des Dekans, über die Verteilung der dem Fachbereich vom Senat zugewiesenen Mittel, da der Fachbereich für alle Forschung und Lehre betreffenden Angelegenheiten zuständig ist.
7. Keine Aufblähung der Selbstverwaltung durch die Existenz von 2 Fachbereichsräten
8. Keine Veröffentlichung einzelner Evaluationsergebnisse bestimmter Lehrender (Hierzu wurde nach der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs die Landesdatenschutzbeauftragte noch einmal angeschrieben)
9. Anrechnungsmöglichkeit auf das Deputat für Lehrveranstaltungen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen
10. Pflicht zur Information der Frauenbeauftragten hinsichtlich aller Angelegenheiten, die einen Bezug zu ihrer Aufgabenstellung aufweisen
11. Jährliche Berichterstattung über die Umsetzung des Frauenförderplans
12. Öffnung der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung für Studiengänge für Verwaltungstätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes

Gesetzesnovellierung

Der baden-württembergische Gesetzentwurf zur Änderung der Hochschulgesetze

Die baden-württembergische Landesregierung hat im September 1994 den von ihr verabschiedeten Entwurf eines Gesetzes über die Novellierung der Hochschulgesetze¹⁾ dem Landtag zur Beschlußfassung zugeleitet. Es ist beabsichtigt, die Novelle zum Jahresbeginn 1995 in Kraft treten zu lassen. Anders als die meisten anderen Bundesländer hält Baden-Württemberg an getrennten Hochschulgesetzen fest und läßt so eine Chance ungenutzt, unter Berücksichtigung der Andersartigkeit die Gleichwertigkeit der Hochschularten zu betonen. Immerhin stimmen zahlreiche Formulierungen im Universitätsgesetz, im Gesetz über die Pädagogischen Hochschulen und im Fachhochschulgesetz überein. Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich zwar auf die Änderung des Fachhochschulgesetzes - FHG - (Art. 3 des Entwurfs); wegen der genannten Übereinstimmung gibt sie aber auch teilweise Änderungen des Universitätsgesetzes - UG - wieder. Kernpunkte der Novellierung sollen die Verbesserung der Lehre (innere Hochschulreform) und kürzere Studienzeiten sein.

Bezeichnung und Aufgaben der Fachhochschulen

Die Fachhochschulen erhalten den Zusatz "Hochschule für..." (§ 1 II). Damit soll der Begriff "Fachhochschule" beibehalten, ihre europaweite Einschätzung aber erleichtert werden. Mit dieser halben Lösung wurden die Vorschläge der Rektorenkonferenz und zahlreicher Fachhochschulen nicht berücksichtigt, die Bezeichnung "Hochschule für ... (FH)" zu verwenden. Einzig die FH Konstanz (!) kommt in den Genuß dieser Bezeichnung, die der Regelung in anderen Bundesländern entspricht.

Die Pflicht, die Öffentlichkeit über die Aufgabenerfüllung zu unterrichten, wird auf den Bereich der Lehre ausgedehnt (§ 3 VI).

Frauenförderung

Die Fachhochschulen haben jeweils für fünf Jahre Frauenförderungspläne aufzustellen (§ 3a I 2). Außerdem können sie eine Frauenkommission zur Unterstützung der Frauenbeauftragten einsetzen (§ 3b). Die Stellung der Frauenbeauftragten wird dadurch gestärkt, daß sie in den Gremien Rede- und An-

tragsrecht sowie Einsicht in Bewerbungsunterlagen erhält, "sofern sich Frauen und Männer um die Stelle beworben haben" (§ 3a III 4).

Rektor

Wie auch auf andern Feldern des öffentlichen Lebens muß das Schlagwort "Stärkung des Managements" dazu herhalten, eine fundamentale Umverteilung und Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen zu rechtfertigen. Der Gesetzentwurf nimmt dem Senat seine bisherige Allzuständigkeit und überträgt sie auf den Rektor (§ 12 K). Dem Senat bleibt nur eine eng umrissene Kompetenz für solche Angelegenheiten in Forschung, Lehre und Studium, die von grundsätzlicher Bedeutung sind (§ 14 I 1). Der Rektor ist nicht einmal gehalten anzuzeigen, was er in diesem Bereich als weniger bedeutsam ansieht und deshalb in eigener Zuständigkeit erledigt. Für Angelegenheiten der "Verwaltung", auch soweit sie für "Lehre, Studium und Forschung" stattfindet, verliert der Senat jede Kompetenz. Den Rektor trifft gerade noch eine Berichtspflicht über "wichtige" Angelegenheiten (§ 12 IV 5). Damit erreichen die allgemeinen Fachhochschulen wie auch die Universitäten (Bgl. §§ 19 I, 12 I 1, 14 II UG) den Rechtszustand, den bisher nur die verwaltungsinternen Fachhochschulen aufzuweisen hatten; teilweise unterschreiten sie ihn noch.²⁾³⁾ Abbau und Aushöhlung des demokratischen Elements in der Hochschulselbstverwaltung gehen einher mit einer Hierarchisierung nach dem Vorbild einer Verwaltungsbehörde. Extreme Einzelfälle nicht erfüllter Lehrverpflichtungen im Universitätsbereich, bei denen Hochschulleitung und aufsichtsführendes Ministerium mit dem - durchaus schon vorhandenen Instrumentarium - wohl nicht ordnungsgemäß umgegangen sind, boten hierfür (willkommenen ?) Anlaß. So erhält der Rektor ein Auf-

*Die Zielsetzung der Gesetzesnovellierung:
Verkürzung der Studienzeiten und Stärkung der Lehre.
Ein rigoroser Abbau demokratischer Elemente der Hochschulselbstverwaltung gefährdet den Erfolg.*

Text:
Prof. Dr. Peter-Paul Alber
Besigheimer Weg 120
74343 Sachsenheim



sichts- und Weisungsrecht, um über den (künftig Dekan genannten) Leiter des Fachbereichs die Professoren zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Lehr- und Prüfungsverpflichtungen anzuhalten (§ 12 IV 7). Dafür sollen ihm generell (noch nicht näher spezifizierte) Befugnisse eines Dienstvorgesetzten übertragen werden (vgl. § 81). Weiter erhält der Rektor ein ausschließliches Vorschlagsrecht für die Beschlußfassung über die Verteilung der den Fachhochschulen zugewiesenen Stellen und Mittel (§ 14 I 2 Nr. 6).

Dekan und Fachbereich

Was auf der Ebene der gesamten Hochschule beginnt, setzt sich auf der Fachbereichsebene fort: Auch dem Dekan sollen Befugnisse als Dienstvorgesetztem (§ 81) übertragen werden, um die ordnungsgemäße Erfüllung der Lehr- und Prüfungsverpflichtungen erzwingen zu können, und der Dekan allein ist zuständig für die Verteilung der dem Fachbereich zugewiesenen laufenden Mittel für die Lehre (§ 18 II 3). Zur Unterstützung des Dekans wird für jeden Studiengang ein Studiengangsleiter gewählt (§ 18 VI), der im Rahmen der Gesamtverantwortung des Dekans die mit Lehre und Studium zusammenhängenden laufenden Aufgaben wahrnimmt.

Dem Fachbereichsrat gehörten bisher alle Professoren an. Eingeführt wird nunmehr eine repräsentative Vertretung der Professoren. In Fragen der Lehre und des Studiums sowie bei Berufungen und Prüfungen treten die nicht in den Fachbereichsrat gewählten Professoren stimmberechtigt hinzu (erweiterter Fachbereichsrat, § 19 III). Der erweiterte Fachbereichsrat muß für die mit Lehre und Studium zusammenhängenden Aufgabe eine Studienkommission bestellen. Sie soll für die Modernisierung und Straffung der Studieninhalte sowie für eine bessere didaktische Qualität der Lehre - auch durch Evaluation⁴⁾ - sorgen. Die Studienkommission hat

in regelmäßigen Abständen Berichte über die Entwicklung von Lehre, Studium und Prüfungen zu erstellen (§ 19 IV). Unklar ist allerdings, wer letztlich Adressat dieser Berichte sein soll. Die ganze Einrichtung der institutionalisierten Studienkommission führt zu einer organisatorischen Aufblähung der Selbstverwaltung und zu einer weiteren Bürokratisierung. Die Aufgaben, die der Studienkommission zugewiesen sind, sind genuine Aufgaben des Fachbereichs als organisatorischer Grundeinheit der Hochschule. Daher hätte es nahe gelegen, dem Fachbereich zu überlassen, wie er die Erfüllung dieser Aufgabe organisiert.

Studium und Prüfungen

Ein häufiger Studiengangwechsel soll durch eine effizientere Studienberatung und durch eine Zwangsberatung bei einem Studiengangwechsel in höheren Semestern verhindert werden (§§ 36, 54 I Nr. 6). Den Professoren wird zur Aufgabe gemacht, "die Studierenden auch außerhalb der Lehrveranstaltungen in angemessenem Umfang fachlich zu betreuen (§ 45 I 2). Die Betreuung soll mit dazu beitragen, die Quote der Studienabbrecher und Studiengangwechsler zu senken. Der Entwurf stellt klar, daß eine Zwischenprüfung nach dem Grundstudium obligatorisch ist (§ 37 I 3).

Weiterbildung

Die Fachhochschulen sollen Modelle entwickeln, wie durch Weiterbildung das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß entlastet werden kann (§ 35 I 2). Kontaktstudien können nunmehr auch mit anderen Einrichtungen der Weiterbildung veranstaltet werden (§ 35 VII); die Durchführung von Lehrveranstaltungen in diesem Rahmen gehört i.d.R. nicht zu den Dienstaufgaben des Lehrpersonals (§ 35 VII 5).

Beurlaubung für Forschung

Soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, können Professoren an Forschungseinrichtungen, die zumindest teilweise aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert werden, auf Antrag ohne Bezüge bis zu 12 Jahren beurlaubt werden (§ 48 I 2)

Hochschulzugang für besonders qualifizierte Berufstätige

Besonders qualifizierte Berufstätige sollen nach erfolgreicher Ablegung einer Eignungsprüfung eine auf den gewählten Studiengang beschränkte Studienberechtigung erwerben können (§ 53 VI). Eine Affinität zwischen der bisherigen beruflichen Tätigkeit und dem angestrebten Studiengang ist nicht erforderlich.

Fazit

Zu begrüßen ist die Zielsetzung der Novelle, die zu einer Verkürzung der Studienzeiten und zu einer Stärkung der Lehre führen soll. Freilich ist beides nicht gerade ein besonderer Problempunkt der Fachhochschulen. Der Entwurf enthält darüber hinaus eine Reihe von kleineren Verbesserungen. Ihnen stehen als gravierende Nachteile der fast totale Abbau des demokratischen Elements in der Hochschulselbstverwaltung, die weitgehende Hierarchisierung der Entscheidungsstrukturen sowie die durchgängige Tendenz zu Überregulierung und Bürokratisierung entgegen.

- 1) Landtags-Drucksache 11/4555
- 2) vgl. §§ 5 II, 7 I VO über die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung Kehl und Stuttgart (Ludwigsburg) i.d. F. v. 23.07. 1984 (GBl. S. 524)
- 3) Bemerkenswerterweise bleibt den Kunsthochschulen die All- bzw. Auffangkompetenz des Senats erhalten, weil sie sich dort bewährt habe (Amtl. Begründung, LT-Drs. a.a.O. S. 88)
- 4) Gemäß § 85 III sollen die Ergebnisse der Befragung in anonymisierter Form den Lehrenden und Studierenden bekanntgegeben und den zuständigen Gremien des Fachbereichs zur Erörterung übermittelt werden. Da an den Fachhochschulen sehr häufig nur ein oder zwei hauptamtlich Lehrende ein bestimmtes Lehrgebiet vertreten, wird es kaum je bei der Anonymität bleiben.

Wander-Studienreisen

mit den Spezialisten, z. B. Neuseeland

KLINGENSTEIN AKTIV vormals BAUMELER-MÜNCHEN

Thomas-Wimmer-Ring 9/IV · 80539 München

Telefon 0 89 / 2 35 08 10 · Telefax 0 89 / 23 50 81 34

Klingenstein
AKTIV
STUDIENREISEN



Akademikerbedarf

“Wieviel weniger verdient ein Fachhochschulabsolvent als ein Universitätsabsolvent?” - “Wo ist das Ende der Karriereleiter für Fachhochschulabsolventen?” Solche Fragen werden uns immer wieder von Studenten und Absolventen der deutschen Fachhochschulen gestellt. Vor einigen Monaten hatte der “Allgemeine Hochschulanzeiger” geplant, in einer Artikelreihe verschiedene Firmen auf diese Fragen antworten zu lassen. Leider haben dann außer unserem Haus alle angefragten Unternehmen wegen der angeblichen Brisanz des Themas eine Beteiligung abgesagt. Was uns betrifft, so hatten wir weder damals Skrupel noch haben wir sie heute, Ihnen interne Auswertungen zu den beruflichen Chancen von Fachhochschulabsolventen in unserem Unternehmen vorzustellen.

Innerbetriebliche Stellenausschreibungen

Beginnen wir am Anfang der Prozeßkette, mit den Anforderungen und Erwartungen eines Fachbereichs, der eine Stelle zu besetzen hat. Da in unserem Unternehmen jede Stelle zunächst intern ausgeschrieben werden muß, können uns die internen Stellenausschreibungen etwas über Struktur der Anforderungen unserer Fachbereiche sagen. Wir haben deshalb mehrere tausend Stellenausschreibungen der Jahre 1991 und 1992 aus dem ganzen Daimler-Benz-Konzern nach verschiedenen Kriterien ausgewertet. Eine Frage dabei war, wie genau die Vorstellungen und Anforderungen hinsichtlich der Hochschulart des gewünschten Kandidaten sind. Blicken wir zuerst auf die Ingenieure:

Nur ein Viertel der Fachbereiche hat sich genau darauf festgelegt, daß die Stelle mit einem Absolvent nur der Fachhochschule oder nur der Universität oder TH besetzt werden sollte. Drei Viertel der suchenden Bereiche äußern sich entweder gar nicht oder sagen ausdrücklich, daß die Stelle sowohl für Fachhochschul- als auch für Universitäts-Absolventen offen sei.

Noch deutlicher ist das Bild bei den kaufmännischen Richtungen. Nur 5% der suchenden Bereiche haben sich in ihren Ausschreibungen auf eine der Hochschularten festgelegt.

Zwar sind die Angaben in der innerbetrieblichen Stellenausschreibung - wie meine Kollegen sicher bestätigen werden - aus verschiedenen Gründen nicht auf die Goldwaage zu legen. Aber das Ergebnis bleibt überraschend genug, selbst wenn man “die Hälfte abzieht”. Was bedeutet das Ergebnis? Positiv gesehen ist es eine erste Antwort auf die Frage nach den beruflichen Chancen der Fachhochschulabsolventen. Es zeigt, daß die Fachhochschule in unserem Unternehmen keinesfalls als Studium zweiter Klasse gesehen wird. Negativ betrachtet, würde ein Marketingfachmann sicher anmerken, daß hier ein Produkt noch ziemlich ungenau im Markt positioniert ist.

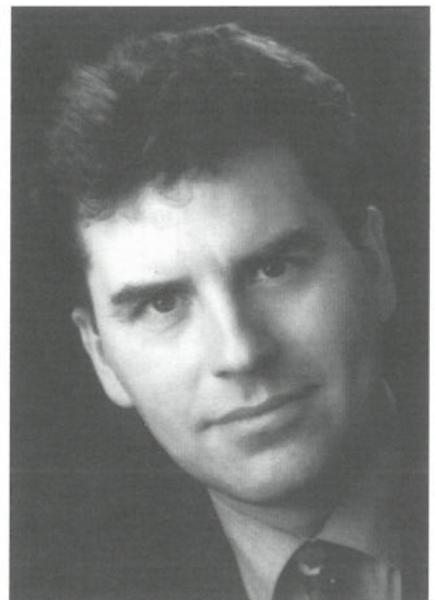
Die Fachhochschulabsolventen haben also ihre Chance beim Einstieg. Dasselbe gilt für das Gehalt und die weitere berufliche Entwicklung. Von einem geringen Unterschied beim Berufseinstieg abgesehen, richtet sich das Gehalt bei uns nicht nach Diplomen oder Titeln, sondern nach dem Niveau der Aufgabe und nach der persönlichen Leistung, mit der man diese Aufgabe erfüllt. Dasselbe gilt für die beruflichen Entwicklungsperspektiven.

Dies ist keineswegs nur eine offizielle Verlautbarung, sondern eine Realität, die sich an vielen individuellen Lebensläufen bis hinauf zu Vorständen ablesen läßt. In unserem Hause finden sich im Vergleich zu anderen Unternehmen gewiß viele “Doktoren” und “Professoren”. Aber es wäre völlig falsch zu glauben, bei uns würden ab einem bestimmten Level nur Promovierte das Regiment führen. Laufbahngrenzen für bestimmte Ausbildungsgänge wie im öffentlichen Dienst gibt es bei uns nicht - schon gar nicht für Absolventen von Fachhochschulen.

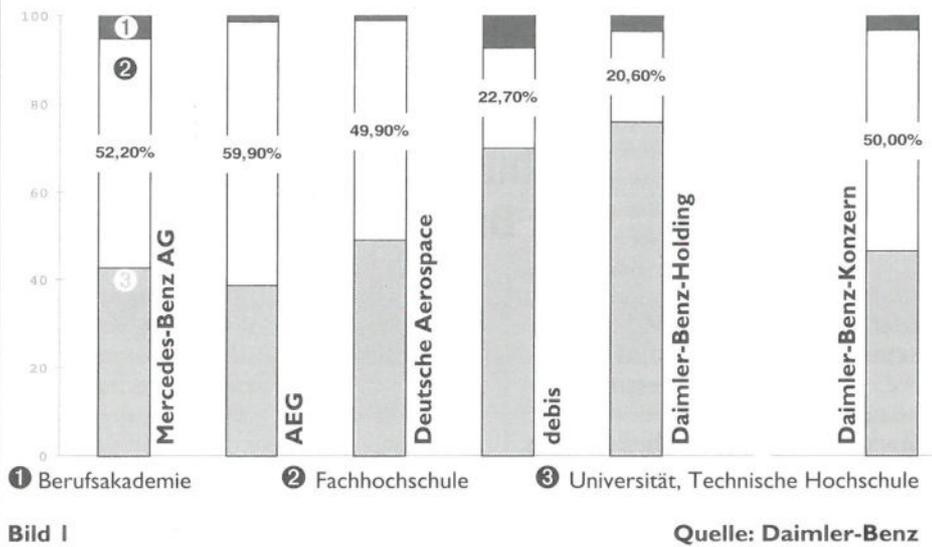
Fachhochschulabsolventen im Daimler-Benz-Konzern

Die Auswertung der Personaldaten des Daimler-Konzerns belegt es: Das Qualifikationsprofil der Fachhochschulabsolventen stimmt: Ihre Kenntnisse sind theoretisch fundiert und praxisorientiert.

Text:
Dr. Axel Klopprogge
Deutsche Aerospace AG
81663 München
zuvor:
Daimler-Benz AG
Abt. Personalentwicklung



Hochschulart der Akademiker im Daimler-Benz-Konzern 1991



Profil des FH-Absolventen

Ist also sozusagen - salopp ausgedrückt - "alles egal"? Ist die Unterscheidung von Fachhochschule und technischer Hochschule in der Praxis womöglich bedeutungslos?

Keineswegs, denn die Offenheit, die wir als Unternehmen jedem einzelnen entgegenbringen und die Chancengleichheit, die wir jedem einzelnen gewähren wollen, schließen natürlich nicht aus, daß in der Summe und im Rückblick betrachtet unterschiedliche Ausbildungsformen unterschiedlich gut für unterschiedliche Aufgaben qualifizieren. Dies möchte ich Ihnen ein wenig mit Hilfe von Übersichtsdaten und Zeitreihen demonstrieren.

Über einen Zeitraum von 20 Jahren blieb der Anteil der Fachhochschulabsolventen an den Akademi-

kern in unserem Fahrzeugbereich, also die alte Daimler-Benz AG und heutige Mercedes-Benz AG, gleich. Dieser Anteil bleibt über den ganzen Zeitraum völlig konstant, obwohl dahinter keine Planvorgaben stehen, sondern nur Tausende individueller, unabgestimmter Personalentscheidungen. Und obwohl, wie wir gesehen haben, die suchenden Bereiche gar nicht von vornherein auf eine bestimmte Ausbildungsart festgelegt sind.

Außerdem ist der Zeitraum von 20 Jahren in einer anderen Hinsicht durchaus turbulent: Von 1972 bis 1991 stieg der Akademikeranteil in der alten Daimler-Benz AG von 3% auf 7,9% bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Gesamtbelegschaft von 105.000 auf 174.000 Mitarbeiter. Dennoch bleibt wie gesagt der Fachhochschulanteil an den Akademikern konstant.

Für mich ist diese ungesteuerte Konstanz ein erstes Indiz dafür, daß die an der Fachhochschule vermittelte Qualifikation doch nicht so austauschbar ist, sondern ein bestimmtes Profil besitzt, für das in der Summe ein bestimmter Platz im Unternehmen vorhanden ist.

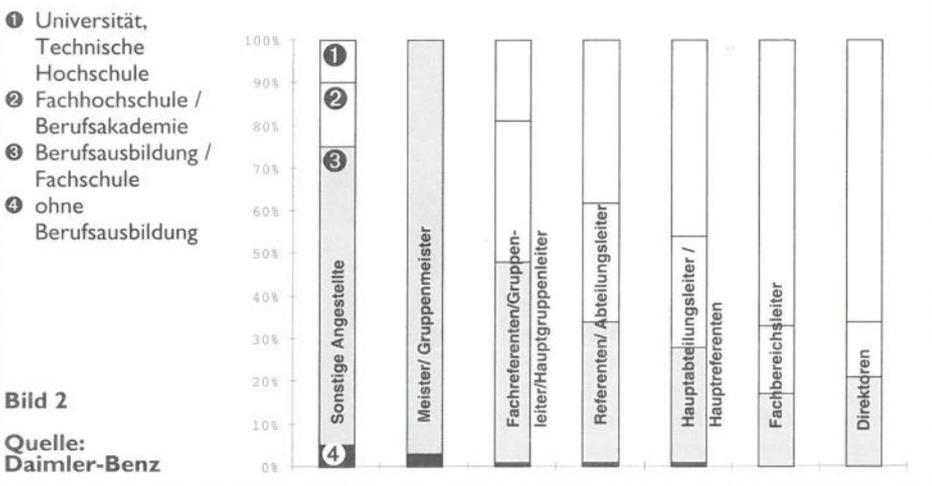
Ich möchte diese Vermutung mit einem Chart erhärten. Wenn wir den Anteil der Fachhochschulabsolventen an den Akademikern nach unseren Unternehmensbereichen aufgliedern, kommen wir zu signifikanten, ja fast klischeehaften Unterschieden: In denjenigen Unternehmensbereichen, die primär auf die Entwicklung und Fertigung industrieller Serienprodukte ausgerichtet sind, - Mercedes-Benz und AEG - ist der Fachhochschulabsolventenanteil am höchsten. Niedriger ist er für den forschungsnäheren Luft- und Raumfahrtbereich und für die debis mit ihrem starken Informatikeranteil.

Am wenigsten Fachhochschulabsolventen finden sich in der Daimler-Benz Holding, die ja fast ausschließlich mit abstrakten Management- und Forschungsaufgaben befaßt ist (Bild 1).

Wenn Sie zu diesem Bild den Akademikeranteil nach Unternehmensbereichen differenziert hinzusteuern, dann scheint sich fast eine "Gesetzmäßigkeit" abzuzeichnen: Je niedriger der Anteil der Akademiker an der Gesamtbelegschaft, desto höher der Anteil der Fachhochschulabsolventen an den Akademikern (Bild 2).

Wie gesagt: Diese starke Präsenz der Fachhochschüler in den produktions- und entwicklungsnahe Bereichen entspricht so richtig schön dem, was man sich landläufig unter einem Fachhochschulabsolventen vorstellt.

Anteil von Ausbildungsabschlüssen nach Hierarchiestufen Daimler-Benz AG / Mercedes-Benz AG 1991



Aufstiegschancen

Ich hatte eben die Frage nach den Aufstiegschancen für Fachhochschulabsolventen erwähnt. Dazu möchte ich Ihnen den Anteil der Ausbildungsabschlüsse an den verschiedenen Hierarchiestufen aufzeigen, wiederum für unseren Fahrzeugbereich. Aus der Grafik können Sie zweierlei ablesen: Sie bestätigt einerseits meine anfängliche Aussage, daß sich auch in den höchsten Führungsebenen nicht nur Doktoren und Professoren aufhalten. Sie zeigt aber auch, daß sich das Quali-

fikationsprofil der Universität und Technischen Hochschule in den höchsten Führungsebenen offenbar am besten durchsetzt (Bild 3).

Ich gebrauche bewußt den quasi darwinistischen Begriff "durchsetzen", denn - wie gesagt - die signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Unternehmensbereiche und der Hierarchiestufen sind nicht durch zentrale Planungen oder Laufbahngrenzen gesteuert, sondern in einem individuellen, dezentralen Prozeß entstanden.

Wenn Sie übrigens hinsichtlich der Ausbildungsanteile an den Hierarchiestufen die zeitliche Entwicklung betrachten, ergibt sich für die Fachhochschulabsolventen eine Art "Marsch durch die Institutionen". Ihr Anteil an den höheren Ebenen steigt. Allerdings - das sehen wir eher mit gemischten Gefühlen - zu Lasten der Dualen Berufsausbildung.

FH der Zukunft

Ich weiß nicht, ob Sie mit allen Zahlen glücklich sind, aber für uns bestätigen die Auswertungen, daß die Fachhochschule ein ganz bestimmtes Qualifikationsprofil, ein ganz bestimmtes Produkt anbietet, für das in unserem Unternehmen ein großer Markt besteht.

Die Statistiken machen auch deutlich, warum wir es mit Unbehagen gesehen haben, wenn Professoren der Fachhochschulen in der Vergangenheit neidisch auf die Universitäten und Technischen Hochschulen geblickt haben und die Fachhochschulen aus der angeblichen Rolle des Stiefkindes der deutschen Hochschulfamilie erlösen wollten. Oder wenn gefordert wurde, Fachhochschulen sollten die Vorsilbe "Fach" in ihrem Namen ablegen und damit endlich zu den "richtigen" Hochschulen aufschließen dürfen. Wenn ich richtig sehe, gehören diese Diskussionen der Vergangenheit an.

Wir wollen die Fachhochschule als eine theoretisch fundierte und gleichzeitig praxisorientierte und berufsqualifizierende Ausbildung. Dafür besteht ein realer Bedarf. Wenn die Fachhochschule ihre spezifischen Eigenschaften verlieren würde, hätte dies nur zur Folge, daß etwas anderes an ihre Stelle rücken müßte. Genau dies hatte ja seinerzeit zur Gründung der Berufsakademie in Baden-Württemberg geführt.

Aktuelle Entwicklungen

Der zum Teil drastische Rückgang von Studienanfängern in technischen Fächern bereitet uns Sorge. Zeitungsmeldungen über die aktuelle Einstellungssituation wirken sich auf Studienentscheidungen aus, die erst in vier Jahren für den Berufseinstieg wirksam werden. Damit landen wir wieder einmal beim sogenannten "Schweinezyklus". Als Technologiekonzern brauchen wir - wie Sie an dieser Auswertung sehen können - primär Absolventen technischer Fachrichtungen. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, denn - bei aller Verehrung für Generalisten - werden wir einen Elektroingenieur nicht durch einen Musikwissenschaftler ersetzen können.

Die bange Frage der Studenten und Absolventen gilt natürlich den Einstellungsmöglichkeiten. Ich möchte Ihnen nicht verheimlichen, daß die Entwicklung dramatisch ist: Von 1991 bis heute ist die Zahl der Neueinstellungen von Hochschulabsolventen von 3.000 auf voraussichtlich 300 in diesem Jahr gesunken. Allerdings möchte ich betonen, daß in derselben Zeit die Anzahl der Praktikanten und Ausbildungsplätze nur soweit zurückgegangen ist, wie sich unsere Gesamtbelegschaft verringert hat.

Wie wird es weitergehen? Wird nach der Krise alles so wie früher? Sie kennen sicher die Kontroverse zwischen Prof. Siegers¹⁾ und Herrn Jagoda²⁾ über den zukünftigen Akademikerbedarf. Ich möchte nicht behaupten, daß wir eine sichere und einfache Antwort auf die Frage nach dem zukünftigen Akademikerbedarf geben können. Dazu sind die

Einflüsse zu komplex und zu widersprüchlich. Ich möchte nur zwei Tendenzen herausgreifen: Sicher werden die Zahlen der Neueinstellungen wieder steigen, wenn die laufenden Strukturanpassungen vollendet sind - das verlangt allein schon der Ersatzbedarf aufgrund der laufenden Fluktuation. Aber Entwicklungen wie Lean Management und Verringerung der Fertigungstiefe sprechen m.E. dagegen, daß das ungebremste Wachstum der Belegschaft und des Akademikeranteils in Zukunft wieder aufgenommen wird.

Vor allem - und damit verlasse ich endgültig den Rahmen meines Vortrages - wird es qualitative Veränderungen geben: Entwicklungen wie z.B. die Projektorganisation konfrontieren auch den Ingenieur oder Naturwissenschaftler, der sich eigentlich gar nicht von der Technik ins Management verabschieden will, mit organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Aufgaben. Ist unsere Hochschulausbildung für diese Aufgabe gerüstet? Von Hause aus, so meine ich, könnte die Fachhochschule hier ihren Beitrag leisten wie so leicht keine andere Ausbildungsform.

1) Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
2) Präsident der Bundesanstalt für Arbeit

Hochschulabsolventen im Daimler-Benz-Konzern Bedarf nach Fachrichtungen 1991

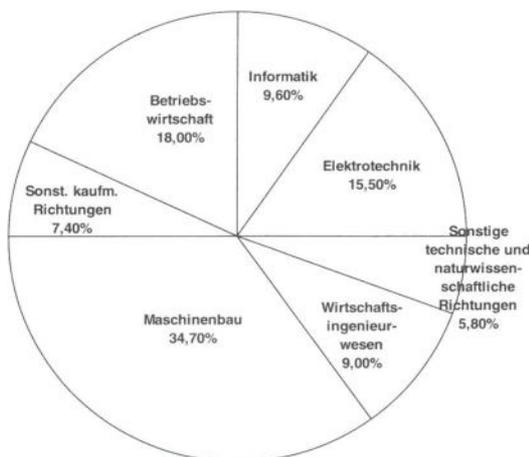


Bild 3

Quelle:
Daimler-Benz

**Witten-Herdecke
in Finanznöten**

Bonn (dpa). Die erste deutsche Privatuniversität in Witten-Herdecke hat erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Für das nächste Jahr wird nach Information der Deutschen Presseagentur (dpa) eine Unterdeckung von mindestens sieben Millionen Mark befürchtet. Die Bildungspolitiker der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen beschlossen am 30. September überraschend bei einer Klausur in Königswinter bei Bonn, Privatspenden künftig mit 25 Prozent aus der Landeskasse zu subventionieren. Die Zusage gilt für die nächsten sechs Jahre. Gleichzeitig soll die Hochschule abweichend von der bisherigen Praxis die Erlaubnis erhalten, von ihren Studenten "Studiengebühren in eigener Verantwortung zu erheben".

Die Finanzkrise der einzigen deutschen Privatuniversität zeigt die Grenzen für privat-wirtschaftliche Lösungen im Bildungsbe- reich auf. Zwar ist es den Initiatoren des vielbeachteten Projektes um den Arzt *Konrad Schily* in den vergangenen Jahren gelungen, das Spendenaufkommen aus der Wirtschaft auf bis zu 20 Millionen Mark im Jahr zu steigern. Doch sind jetzt anscheinend die Grenzen des Möglichen erreicht. Das Land Nordrhein-Westfalen muß einspringen und mit Steuergeldern das Scheitern der Privatinitiative verhindern.

Die knapp 600 Studenten - die Hälfte davon angehende Mediziner - lernen intensiver als an staatlichen Hochschulen praxisorientiert und fachübergreifend. Die Universität sucht sich ihre Studenten dafür selbst aus. Betreuung wird großge-

schrieben, der persönliche Kontakt zwischen der kleinen Studentenschar und ihren Professoren gilt als vorbildlich.

Doch das kleine aber feine Studienmodell hat seinen Preis: Rund 30.000 Mark pro Student und Jahr rechnet Witten-Herdecke durchschnittlich an Kosten - an staatlichen Hochschulen werden dafür nur 18.000 Mark veranschlagt (d. Red.: Für das Jahr 1988 errechnete *Günther Edler* für die DNH Ausgaben in Höhe von 10.531 DM für die Universitäten, 38.290 DM für die Hochschulkliniken, 14.828 DM für die Kunsthochschulen, 6.196 DM für die Fachhochschulen und 3.789 DM für die Verwaltungsfachhochschulen; vgl. DNH 5/1992). Die SPD-Bildungspolitiker wollen ihre Subventionszusage mit der Auflage verbinden, daß Witten-Herdecke die Kosten senkt. *Schily* sorgt sich dabei allerdings um sein Konzept, das mit der günstigen Betreuungsrelation eng verbunden ist.

Die befürchtete Finanzlücke für 1994/95 von rund 17 Millionen Mark wird mit voraussichtlich fünf Millionen Mark Landes-Subvention nur zum Teil geschlossen werden können. Sie schmälern natürlich die für die staatlichen Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel.

**Sonder-
programme
erfolgreich, aber
ohne Zukunft?**

(BLK, DNH) Die Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Einrichtung zur Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben im Hochschulbau) hat eine positive Bi-

lanz der Sonderprogramme vorgelegt. Bund und Länder haben im Rahmen der drei Sonderprogramme im Jahr 1993 zusätzliche Mittel in Höhe von über 1,2 Milliarden DM aufgewendet. Rd. 348 Mio DM entfallen hiervon auf das Hochschulsonderprogramm I (HSP I) für die alten Länder, rd. 418 Mio DM wurden im Rahmen des Hochschulsonderprogramms II (HSP II) für die alten Länder ausgegeben und rd. 447 Mio DM für das Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) für die neuen Länder. Fraglich ist die Zukunft der Sonderprogramme. Sollten Bund und Länder diese als willkommene Sparreserve entdecken, müßten die Hochschulen mit erheblichen Einschränkungen rechnen. Immerhin wurden allein an den Fachhochschulen mehr als 1.000 Stellen durch das HSP I finanziert, davon ca. die Hälfte Professorenstellen.

Abbrecher

Einer Untersuchung des Hochschulinformationszentrums (HIS, gemeinsame Forschungsstelle von Bund und Ländern mit Sitz in Hannover) zufolge gibt jeder vierte Student vorzeitig auf. An den Universitäten sind es 31 Prozent, die ohne Diplom oder Staatsexamen ihr Studium vorzeitig beenden, an den Fachhochschulen 20 Prozent. Die Mehrzahl der Abbrecher beendet das Studium in den ersten sechs Semestern. Rund ein Drittel steigt im ersten oder zweiten Semester aus, ein weiteres Drittel im dritten bis sechsten Hochschulsemester.

Ein knappes Viertel aller Studienabbrecher verläßt die Hochschule mit dem Wunsch nach praktischer

Tätigkeit, weil die Arbeitsmarktchancen für Akademiker schlecht sind oder weil sie über das Jobben an einen fachlich interessanten Arbeitsplatz geraten sind, der ihnen auch ohne Studium gute berufliche Chancen bietet.

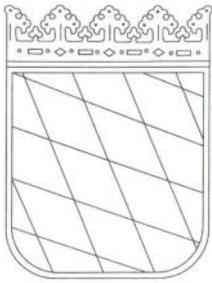
Ein Fünftel der Studenten, die ohne Examen von der Hochschule abgehen, äußert Kritik an der unzulänglichen, praxisfernen Hochschullehre oder stellt fest, daß sie das Fach nicht mehr interessiert - teilweise auch als Reflex auf eigene negative Erfahrungen.

Weitere 8 Prozent der Studenten geben an, daß Mängel in der Betreuung durch die Dozenten und deren Lehr-Defizite bei der Stoffdarbietung ausschlaggebend dafür waren, das Studium an den Nagel zu hängen. Weiteren vier Prozent dauerte das Studium zu lange.

Persönliche Gründe werden von 22 Prozent aller weiblichen Studienabbrecher genannt - aber nur von 8 Prozent der männlichen Abbrecher. Grund: Verpflichtungen gegenüber der eigenen Familie oder die Geburt eines Kindes verhindern ein Weiterstudieren.

Die Aufgabe eines Studiums wird häufig gleichgesetzt mit fachlichen Defiziten. Doch nur etwa jeder achte Student gibt auf, weil er an einer Prüfung oder zu hohen Leistungsanforderungen gescheitert ist oder weil er unter mangelnden Erfolgserlebnissen leidet.

Bei etwa jedem neunten Studienabbrecher ist Geldmangel die Hauptursache für die Exmatrikulation. Im Schnitt verfügte diese Gruppe über ein Budget von 752 DM; davon war in der Regel noch die Miete zu zahlen. Der Vergleichswert der übrigen Abbrecher liegt bei 1.007 DM. Das Gros der Abbrecher mit anderen Motiven wohnt bei den Eltern.



Bayern

Bayerische Uhren: Anderswertig - nur half gleichartig

Zur Einstufung promovierter Fachhochschulabsolventen zählt der bayerische Staatsminister der Finanzen dieselben laufbahnrechtlichen Uraltvorbehalte herunter wie der Bundesminister des Innern. Das Sächsische Hochschulgesetz scheint auch bayerischen Volksvertretern unbekannt. Zur Antwort des StMF vom 31. August 1994 auf die Anfrage des Abgeordneten Wolf-Dietrich Großer (F.D.P.) zur Einstufung von FH-Absolventen mit Promotion im öffentlichen Dienst.

Bericht

Im Kehraus-Galopp des bayerischen Landtages vor der Neuwahl durfte der scheidende Landtagspräsident die vom Schatzkanzler im Benehmen mit dem Kultusminister gefertigte Beantwortung der Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Wolf-Dietrich Großer entgegennehmen und dem längst urlaubenden Publikum weiterreichen:

1. FH-Absolventen könnten in Bayern nicht als Hochschulassistenten eingestellt werden, wenn sie sich an der Hochschule auf ihre Promotion vorbereiteten. Sie könnten auch nicht als wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt werden.

2. Promovierte FH-Absolventen kämen nicht in den höheren Dienst, denn es fehle "die breit angelegte wissenschaftliche Ausbildung". Allerdings - und

hier unterscheidet sich der BayStMF vom BMI - weiß ersterer von den nicht mehr zur Entscheidungsreife geführten Bemühungen im (bisherigen) Landtag zur Reform der "besoldungsrechtlichen Situation der FH-Absolventen im öffentlichen Dienst". Und er hütet sich, den Anschein zu erwecken, er werde der Legislative vorgreifen.

3. Habilitationen von promovierten FH-Absolventen kämen grundsätzlich nicht in Betracht, damit entfielen Überlegungen zur Besoldung etwaiger Professoren mit diesem Hintergrund.

4. Die bayerische Staatsregierung als Dienstherr werde nicht initiativ werden, um die Regelung "Dipl. (FH)" + "Prom. (univ.)" = "Dipl.-(univ.)" zu bekommen (dazu: Glosse in DNH 4/94 Seite 6).

Nur vier (!) Monate haben die beiden Ministerien benötigt, um die im April gestellten Fragen des braven königlich-bayerischen Freidemokraten Großer in die Ferien hinein zu beantworten.

Kommentar

Die Sache ist von der Exekutive ins Maximilianeum, an den Landtag, zurückverwiesen worden. Wegen der "Diskontinuität" müssen sich die am 25. September neu Gewählten aber keineswegs automatisch um den Sachverhalt kümmern - sie sind selber so souverän, als wären sie alle neu. Ob aber die alten Abgeordneten im neuen Landtag das tun, hängt natürlich auch von uns ab. Was tun? Zunächst einmal erscheint es nicht unnützlich, die Damen und Herren darauf hinzuweisen, "sie selber seien das Volk". Denn man liest Formeln wie die in Frage 4: "Beabsichtigt die Staatsregierung, Möglichkeiten zu eröffnen, die es einem hochbegabten Fachhochschulabsolventen nach erfolgreicher Promo-

tion ermöglichen, im höheren Dienst beschäftigt zu werden".

Weiß man in der Mitte des Bayerischen Landtages denn nicht, daß nicht nur aus dem Bayerischen Senat, sondern auch "aus der Mitte des Landtags" (Art. 71 BayVerf.) Gesetzesinitiativen zur Änderung des bayerischen Beamtengesetzes ausgehen könnten? Weiß man denn nicht, daß der Landtag die Staatsregierung auffordern kann, eine Bundsratsinitiative zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes zu ergreifen?

Fest steht, auch der Abs. 4 des Art. 36 Sächs.HG war bei den Hochschulexperten des bayerischen Landtages irgendwie nicht angekommen. Sonst wäre die Frage 4 doch überhaupt nicht so formuliert worden.

Was ist (oder war, in der abgelaufenen Legislaturperiode) eigentlich mit unseren Abgeordneten los?

Trifft womöglich auch für sie der vom Berliner Kollegen Grottian beim 20. Hochschultag der Evangelischen Akademie Tutzing im Januar an unsere Adresse formulierte Tadel des (wörtlich) "warmen Sumpfes der Komplizenschaft" von Professoren und Studierenden gegen Hochschulreform aller Art sinngemäß zu?

Trifft der Tadel nicht auch, wenn ein anderes Bild Verwendung findet? Neben den klassischen drei Gewalten und neben der 4. Gewalt der Medien existiert eine 5., die "höhere Gewalt" der normensetzenden Verwaltungsvereinbarungen der Länder (z.B. in der KMK) usw., vergleichbar mit den ebenfalls zu dieser "höheren Gewalt" gehörenden EG-Richtlinie (die - man höre den vielfachen Originalton des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber - von den deutschen Ländern

genau so geschätzt wird wie das Laufbahnrecht von unseren Absolventen).

Unsere Abgeordneten würden ja gerne etwas tun, um unseren berechtigten Hinweisen zu genügen! Aber, leider, leider - der Bundesminister des Innern, das übergeordnete Laufbahnrecht, das Rahmengesetz... da kann "man" gar nichts machen!!!

Das kann "man" wirklich nicht machen? "Man" kann sich doch so schön dahinter verstecken! Oder? Wir könnten uns sogar mitverstecken? Ehrlich gesagt: Das macht keinen Spaß, wenn wir vorher den Eindruck haben müssen, "man" wolle uns für dumm verkaufen.

Euer Dietrich Grille



Steffen Reiche
neuer Wissenschaftsminister
in Brandenburg

Tischler, Theologe, Pfarrer. * 27.6.1960 in Potsdam; verh., 3 Kinder. Abschluß der EOS 1979. Studium der Theologie Sprachenkonvikt Berlin. Wehrdienst verweigert. 1988/90 Pfarrer in Christinendorf. Gründungsmitglied der SPD, Mitgl. Vorst. SPD DDR. Mitgl. der Volkskammer ab März 1990. Seit Mai 1990 Landesvors. der SPD. - MdL seit Okt. 1990; Mitgl. Fraktionsvorstand.



Brandenburg

Weiterbau der Fachhochschulen

Stellungnahme des hlb-Brandenburg

Das erste Parlament des Landes Brandenburg hat 1991 mit überwältigender Einmütigkeit das Hochschulgesetz des Landes beschlossen. Auf dieser Grundlage sind in den letzten drei Jahren fünf Fachhochschulen in Brandenburg, Eberswalde, der Lausitz, Potsdam und Wildau gegründet worden. Zusätzlich ist mit Erlaß des Innenministeriums die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bernau errichtet worden. Der Aufbau dieser Hochschulen ist mit beispielloser Einsatzfreude aller Beteiligten begonnen worden. Jetzt ist es an der Zeit, den weiteren Aufbau dieser Hochschulen auf eine sichere, gemeinsame parlamentarische Grundlage zu stellen und die zunehmende Unsicherheit über den weiteren Weg der Institutionen zu beenden.

Haushalt

Erste Priorität ist ein Haushalt für 1995, der die Bedingungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes realisiert und dem Eckwertepapier der Landesregierung zum Hochschulbereich entspricht.

Dies bedeutet insbesondere,
- Studienbedingungen zu schaffen, die die besondere praxisbezogene Ausbildung in Laborato-

rien, Seminarräumen und Hörsälen umzusetzen gestattet.
- angewandte Forschung und Entwicklung auf eine sichere personelle, räumliche und sächliche Basis zu stellen.
- Berufungsverfahren im Wettbewerb mit anderen Bundesländern qualitativ hochwertig und zugleich zügig durchzuführen. Ein Kompetenzwettbewerb zwischen verschiedenen brandenburgischen Ministerien wäre diesem Ziel schädlich.

Aufbauplanung

Die zweite Aufgabe ist die parlamentarische Absicherung einer Hochschulplanung, die klare Ziele setzt und eine im Land und mit Berlin abgestimmte Hochschulentwicklung formuliert.

Die Unverbindlichkeit, die den Planungsunterlagen der bisherigen Regierung eigen war, hat zu einer erheblichen Verunsicherung in den neugegründeten Hochschulen geführt. Die Begeisterung der ersten Gründungszeit ist inzwischen der Ernüchterung über die mühseligen Auseinandersetzungen um die räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen gewichen. Bevor der Gründungsschwung in Resignation und Stagnation umschlägt, ist eine klare Zielsetzung durch Parlament und Regierung für den weiteren Aufbau der Hochschulen nötig. Wichtig sind:

- Der weitere Aufbau der bereits gegründeten Hochschulen muß in der mittelfristigen Finanzplanung der laufenden Mittel, der Bau- und Geräte-Investitionen und des Personalaufbaus abgesichert werden.
- Die bisherige dilatorische Umsetzung der Bauplanung der Hochschulen muß durch eine am Ergebnis orientierte

Planungszuständigkeit erheblich beschleunigt werden.
- Die Gründung neuer Hochschulen sollte nur erfolgen, wenn
- Studiengänge mit neuer fachlicher Ausrichtung für das Land erforderlich sind
- die im Land Brandenburg notwendige Studienplatzkapazität dies erfordert
- die Abstimmung mit dem Land Berlin Neugründungen sinnvoll erscheinen läßt
- die dazu notwendigen Finanzmittel von Bund und Land zusätzlich aufgebracht werden können.

Differenzierung

Alle Bildungs- und Hochschulpolitiker im Land Brandenburg sollten für das Hochschulwesen insgesamt eintreten, das Fachhochschulen und Universitäten unterschiedliche, aber gleichwertige Aufgaben zuweist.

Eine aufgaben- und kapazitätsgerechte Nutzung aller Hochschulen liegt im Interesse der Bildungs- und Wissenschaftlichkeitspolitik. Da Fachhochschulen neue Einrichtungen des Bildungssystems im Lande sind, ist es nicht nur eine Aufgabe der Hochschulen, sondern auch der Bildungs- und Hochschulpolitiker, Schülerinnen und Schüler und Bildungsinteressierte insgesamt sachgerecht über das neue Hochschulsystem aufzuklären. Hier gilt es, Versäumnisse der letzten Jahre umgehend nachzuholen.

Prof. Dr.-Ing. H. Schmidt
Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg



Bremen

100 Jahre Ingenieur- ausbildung

In diesen Tagen feiern die Technischen Fachbereiche der Hochschule Bremen "100 Jahre Ingenieurbildung in Bremen". Am 6. November 1894 begann der Lehrbetrieb in der Baugewerkschule Bremen, aus der in einem langen Entwicklungsweg die heutigen Technischen Fachbereiche der Hochschule Bremen hervorgegangen sind. Sichtbares Zeichen des Ereignisses war ein Festakt im Rathaus, an dem der Bundeswissenschaftsminister, der Senator für Bildung und Wissenschaft, der Vorsitzende der FRK und Vizepräsident der HRK sowie Repräsentanten der Bremischen Wirtschaft teilnahmen. Neben diesem Festakt will die Hochschule im Wintersemester 94/95 einen Überblick über ihre wissenschaftliche Alltagsarbeit geben, indem eine Reihe von Kolloquien und Seminaren veranstaltet werden bzw. Lehrveranstaltungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Neue Studiengänge

An der Hochschule Bremen sind zum Wintersemester 94/95 zwei neue Studiengänge eingerichtet worden und haben den Lehrbetrieb aufgenommen:

Im Fachbereich Sozialwesen handelt es sich um einen achtsemestrigen internationalen Studiengang "Pflegerleitung", der zum

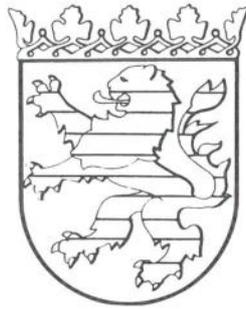
Erwerb wissenschaftlich fundierter Kenntnisse und Fähigkeiten führt, die zur Übernahme von Leitungsfunktionen in der Pflege befähigen. Während im Grundstudium pflegewissenschaftliche Lehrinhalte im Mittelpunkt stehen, bietet das Hauptstudium die Schwerpunkte Pflegeleitung im Krankenhaus oder in der ambulanten Pflege, Altenpflege, Behindertenpflege. Das siebte Semester sieht ein Studium an einer ausländischen Hochschule vor.

Der Fachbereich Wirtschaft und die Hochschule für Öffentliche Verwaltung bieten erstmals gemeinsam einen "Europäischen Studiengang Wirtschaft und Verwaltung" an. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung reagiert damit auf den Veränderungsprozess, dem die wachsenden finanziellen Probleme in den öffentlichen Haushalten zugrunde liegen und die bei den öffentlichen Arbeitgebern zu der Forderung nach einem betriebswirtschaftlich ausgerichteten Studium der öffentlich Bediensteten führt. Das Studium schließt eine Lücke zwischen dem rechtlich orientierten Verwaltungsstudium und dem nahezu ausschließlich betriebswirtschaftlich orientierten Studiengang an der Hochschule Bremen.

Hausberufung

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist zu vermelden: erstmals seit Bestehen der Fachhochschule sind bis jetzt elf Hausberufungsverfahren in die Besoldungsgruppe C3 abgeschlossen worden. Sie gehören zu einem ausgehandelten Paket von insgesamt 25 Hausberufungen, die in nächster Zeit abgearbeitet werden sollen.

Prof. Dipl.-Ing. R. Kramer
Vorsitzender des Landesverbandes Bremen



Hessen

Ankündigung: Hochschulkongreß

Der *hlb*-Hessen führt am Mittwoch, den 7. Dezember 1994, an der Fachhochschule Darmstadt seinen diesjährigen Hochschulkongreß durch. Das Programm sieht Diskussionen zu den Themen industrienahe Forschung und Entwicklung, Verbesserung der Lehre durch hessische Sonderprogramme, die anstehende Novellierung der Lehrverpflichtungsverordnung, C2/C3-Personalpolitik sowie den Vergleich der Infrastruktur an Fachhochschulen und Universitäten vor.

Vorläufiges Programm:

15.00 Uhr
Referat der hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst,
Frau Prof. Dr. E. Mayer

16.30 Uhr
Podiumsdiskussion
mit den hochschulpolitischen Sprechern der Parteien
Prof. A. Breithaupt (SPD)
K. Hagemann (Grüne)
Prof. Dr. B. Hamer (CDU)
R. Wagner oder
Dr. W. Gerhardt (F.D.P.)

Informationen erteilt
Prof. Dr. H. Schmidt,
Vorsitzender
des *hlb*-Hessen,

Telefon (06122) 15 556
Telefax (06122) 15 268



NRW

FH Rhein-Sieg

Mit sofortiger Wirkung hat die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, *Anke Brunn, Prof. Dr. Hubert Severin* zum Planungsbeauftragten für die FH Rhein-Sieg ernannt und von seinen Lehrverpflichtungen an der FH Köln entbunden. Sobald der Landtag das Gesetz zur Errichtung der FH Rhein-Sieg verabschiedet hat, soll die Ernennung *Severins* zum Gründungsrektor der FH Rhein-Sieg erfolgen.

Severin, Jahrgang 1938 und gebürtiger Warsteiner, verfügt über umfangreiche Erfahrungen im Hochschulbereich, in der Organisation von Lehre und Forschung sowie in der Hochschulpolitik. In der FH Köln, die er von ihren Anfängen an kennt, hat er 16 Jahre lang (bis

August 1994) als Dekan des Fachbereichs Wirtschaft diesen entscheidend mitgeprägt und war maßgeblich an Innovationen im Bereich der Lehre beteiligt. So unter anderem an der Einrichtung des Studiengangs Kreditwirtschaft an der Fachhochschule Köln im vergangenen Jahr, der die ersten fünf Jahre von den beteiligten Sparkassen finanziert wird. Des Weiteren fällt in seine Amtszeit als Dekan unter anderem auch die Gründung des Institutes für betriebswirtschaftliche Weiterbildung an der FH Köln. Seit 1991 ist *Prof. Dr. Severin* zudem Vorsitzender der Bundesdekanen-Konferenz der Fachbereiche Wirtschaft an Fachhochschulen. Auch kann er auf breite Auslandserfahrungen im Rahmen von Projekten der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt verweisen.

Vorrangige Aufgaben des Planungsbeauftragten der FH Rhein-Sieg werden die Feinplanung der Studiengänge, die Bestellung der Gründungsdekanen sowie der Aufbau der Infrastruktur der neuen Fachhochschule sein. Die Ministerin betonte, daß

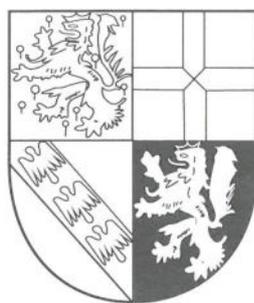


V. l. n. r.: Wissenschaftsministerin Dr. Evelies Mayer; Michail Gorbatschow; die Dolmetscherin; Raissa Gorbatschow; Prof. Dr. Dieter Fladung, Dekan des Fachbereichs Wirtschaft, während eines Empfangs der Fachhochschule Wiesbaden für Michail Gorbatschow. (Foto: Dr. Ziegler, Pressesprecher der Fachhochschule Wiesbaden).

die neue Hochschule vor allem Entlastungseffekte für die bereits bestehenden Hochschulen der Region bringen sollte durch ein erweitertes Studienangebot mit eigenständiger Schwerpunktsetzung.

Diese Schwerpunktsetzungen werden sich auch an der Wirtschaftsstruktur der Region orientieren und mit dem Studienangebot der bereits bestehenden Hochschulen abgestimmt. Zudem ist eine breite Zusammenarbeit mit der FH Rhein-Sieg mit vorhandenen und geplanten Wissenschaftseinrichtungen im Raum Bonn geplant. Die FH Rhein-Sieg mit Sitz in St. Augustin und in Rheinbach ist zunächst auf 2500 Studenten ausgerichtet und wird die ersten zehn Jahre aus dem Ausgleichsvertrag für die Region Bonn finanziert.

(Pressemitteilung der FH Köln vom 16.9.1994)



Saarland

Zukünftiges Studienangebot

Mit einem Anteil von rund 21% der Studienanfänger an Fachhochschulen liegt das Saarland weit unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 30%. Bei der wünschenswerten Erweiterung der Kapazität der Fachhochschule muß das Bildungsangebot benachbarter Hochschulen in Frankreich, Luxemburg und Rheinland-Pfalz beachtet werden.

Vorschläge einer Hochschul-Kommission knüpfen an den aktualisierten

Hochschulentwicklungsplan der HTWdS vom Juni 1992 an. Bei derzeit 780 Studienanfängern sollen zukünftig 300 Studenten zusätzlich ihr Studium an der HTWdS beginnen. Das bedeutet eine Erweiterung des Studienangebotes um rund 40%. Die bis zur Jahrtausendwende geplante Erweiterung betrifft die bereits bestehenden Fachbereiche

- Architektur (A)
- Bauingenieurwesen (BI)
- Grundlagen, Informatik, Strahlenschutz (GIS)
- Maschinenbau (M)
- Wirtschaftsingenieurwesen (WI)

Außerdem soll ein neuer Fachbereich Sprachen (SPR) aufgebaut werden. Der Ausbau bedingt eine Aufstockung des Personals um 31 Professoren und 21 Mitarbeiter. Als Nachholbedarf wurden vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur lediglich eine Professoren- und 7 Mitarbeiterstellen anerkannt.

Europa-Studien

Ein Schwerpunkt der neuen oder veränderten Studienangebote in den Fachbereichen A, BI und WI bilden die "Europäischen Studiengänge". In diesen Studiengängen sollen jeweils etwa die Hälfte der Lehrveranstaltungen in deutscher Sprache von deutschen Professoren bzw. in französischer Sprache von französischen Professoren angeboten werden. Die Europäischen Studiengänge, die Handlungskompetenz und volle berufliche Kommunikationsfähigkeit in Deutschland und Frankreich vermitteln sollen, sind offen für Hochschulzugangsberechtigte mit guten französischen Sprachkenntnissen. Zugangsberechtigt sind auch Absolventen des "Studium Europaeum" - eines ebenfalls neu einzurichtenden Studiengangs von 2 Semestern mit den Studienschwerpunkten

Fremdsprache und interkulturelle Kompetenz.

Weitere Studienangebote

Ein Studiengang Betriebswirtschaft (BW) in Abendform sowie ein Weiterbildungsangebot BW für Bewerber mit kaufmännischer Ausbildung und dreijähriger Berufserfahrung.

Neu ist auch der Studiengang Physikalische Technik, der interdisziplinär angelegt ist, und u. a. die Schwerpunktfächer Sensor- und Feinwerktechnik vermittelt. Eine Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Biomedizinische Forschung ist beabsichtigt.

In dem ebenfalls neuen Studiengang Energie- und Verfahrenstechnik sollen Sachgebiete des Maschinenbaus, der Technischen Chemie und der Biowissenschaften interdisziplinär verknüpft werden. Als Sonderschwerpunkt kann hier auch die Umwelttechnik eingebettet werden.

Nicht zuletzt soll ein einjähriges Aufbaustudium Qualitätsmanagement neu eingerichtet werden. Das Aufbaustudium soll einerseits den Absolventen als Berufsgrundlage dienen, andererseits soll damit ein Zertifikat der nationalen Qualitätsverbände bzw. der europäischen Dachorganisation erworben werden.

Nach Überzeugung der Kommission kann mit dem vorgeschlagenen Ausbau der HTWdS ein wesentlicher Beitrag zur strukturellen Weiterentwicklung der saarländischen Wirtschaft und gleichzeitig eine Verbesserung der Berufschancen der Absolventen erreicht werden. Es ist zu wünschen, daß die neuen Studienangebote auf die bestehenden Fachrichtungen eine belebende Wirkung ausüben werden.

Karl-Heinz Bosman



V.l.n.r.: Prof. Dr. Reiner Güttler, Vorsitzender des Landesverbandes Saarland; Prof. Karl-Heinz Bosman, Vizepräsident des hlb; und Prof. Werner Kuntze, Präsident des hlb, kurz vor dem Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung am 30. August 94

Wirtschaftsinformatik

Der bundesweite Arbeitskreis Wirtschaftsinformatik an Fachhochschulen (AK-WI) im Fachbereichstag Informatik an Fachhochschulen (FBT-I) hielt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (FH) vom 11.09.94 - 13.09.94 seine 7. Jahrestagung ab. Die 37 Mitgliedshochschulen, die vollzügige Studiengänge Wirtschaftsinformatik bzw. betriebswirtschaftliche Studiengänge mit Vertiefungsrichtung Wirtschaftsinformatik anbieten, entsandten 21 Teilnehmer.

Curricular-Normwert

Beim CNW wurden durch Prof. Dr. Thiele (FH Ostfriesland/Emden) die Ergebnisse einer internen Umfrage vorgestellt. Die Diskussion der prozentualen Verteilung der Lehrveranstaltungstypen und der damit verbundenen Gruppengrößen ergab schließlich einen einzufordernden CNW-Wert von 10,5 - 12,0. Das hieße in vielen Fällen eine Verdoppelung des heutigen Wertes und damit der Aufnahme weniger Studenten pro Professor. Betrachtet man in diesem Kontext die Tatsache, daß das Verhältnis Professor zu Student in der vollzügigen Wirtschaftsinformatik immer noch 1 : 38 ist, ist bis dahin sicherlich ein weiterer Weg.

FH contra BA

Die Diskussion FH contra BA führte zu der Feststellung, daß keinerlei Anlaß besteht, das "Prinzip BA" - Wechsel BA und Betrieb in 12 Wochen-Zyklen (duale Ausbildung), Auswahl der Studenten durch die Industrie/Wirtschaft (und hierbei nur Abiturienten und nur solche mit sehr guten Abiturzeugnissen; der

zweite Bildungsweg bleibt außen vor!), starke Beeinflussung der Curricula und Prüfungsordnungen durch die Wirtschaft, recht einseitiger Praxisbezug - in die Hochschule hereinziehen oder die BA gar zu assimilieren.

Diplomarbeit

Für die Dauer der Diplomarbeit in vollzügigen Studiengängen Wirtschaftsinformatik wurden (erneut) klar und unmißverständlich 6 Monate gefordert. Eine an die KMK und die gemeinsame Kommission der HRK und KMK geschickte diesbezügliche Studie (Prof. Dr. Raasch/FH Hamburg) macht dies deutlich: Eine Diplomarbeit, die in bzw. mit der Praxis eine Systementwicklung zum Gegenstand hat - und dies sind die meisten Diplomarbeiten in der Wirtschaftsinformatik - bedarf aufgrund der notwendigen Systemanalyse in Abstimmung mit der Fachabteilung, der Hardware und Software-Nutzung bzw. des organisatorischen Kontextes und des dauernden Benutzerkontaktes eine Bearbeitungszeit von 6 Monaten. Eine kürzere Bearbeitungszeit degradiert die Qualität der Arbeit und damit die der Fachhochschulen.

Weiterqualifikation

Bei der Diskussion über die Weiterqualifikation unserer Top-Absolventen wurde festgestellt, daß es wenig Sinn mache, ausschließlich den universitären Promotionsweg zu gehen. Interessierten Absolventen solle man diesen Weg ebnen. Die Weiterqualifikation an der eigenen Hochschule, im Paradigma dieses Hochschultyps, mache diese dagegen erst zu einer vollständigen Hochschule. Das Umlenken in ein anderes Paradigma nütze weder der Corporate Identity noch der Qualität von Lehre

und Forschung, noch dient sie der dringenden Verbesserung der persönlichen und sächlichen Infrastruktur.

Prüfungen (ABD-FH)

Bezogen auf die geplante bundesweite Rahmenprüfungsordnung wurde vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß eine Korrektur von Klausuren durch zwei Prüfer zu einer nicht zu vertretenden Mehrbelastung der Professoren führen wird. Der Arbeitskreis erklärte sich allenfalls bereit, Klausuren im letzten Wiederholungsfalle durch zwei Prüfer abzuhalten.

Der geplante Freischuß in der Formulierung, daß jeder Student, der eine Prüfung in der Regelstudienzeit absolviert, diese bei Nichtbestehen oder zur Verbesserung wiederholen darf, wurde strikt abgelehnt: Wegen einer Abweichung der Studiendauer von der Regelstudienzeit von wenigen Prozent ist für die Studiengänge Informatik an Fachhochschulen der Freischuß nicht notwendig. Es ist eher zu erwarten, daß die Studenten diese Chance regelmäßig nutzen, sich also die Anzahl der Prüfungen verdoppelt. Die Formulierung des Freischusses als Kann-Bestimmung dürfte hier wenig nützen, da dieser "Fetisch" schon von manchen Landesregierungen aufoktruiert wurde.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

In einigen Bundesländern versuchen wissenschaftliche Mitarbeiter, Aufgaben in der Lehre wahrzunehmen, um auf diese Weise eine höhere Vergütung zu erreichen oder aber, um ihre Tätigkeit interessanter zu gestalten. Dieses Verlangen ist legitim und legal und wurde vom Arbeitskreis akzeptiert. Es ist jedoch zu beachten, daß

solche Veränderungen zu einer Reduktion der sonstigen Tätigkeiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter führen, die durch Neueinstellungen nicht ausgeglichen werden und daß diese Tätigkeiten zu erhöhter Studentenaufnahme führen. Eine generelle Höherstufung - ohne Bedingungen - könnte hier Abhilfe schaffen, ebenso die Regelung, solche Lehrtätigkeiten nicht als Rechtsanspruch zu definieren, sondern in den allgemein notwendigen Topf - und das nur in besonderen Fällen - aufzunehmen. Sie sind dann außerhalb der Arbeitszeit zu erledigen. Es wurde andiskutiert, ob man das Problem nicht durch die Weiterqualifikation (ca. 3 Jahre) an der eigenen Hochschule entschärfen könnte. Unmißverständlich wurde jedoch festgehalten, daß bei allen Lösungen ein Paradigma der Fachhochschulen, nämlich die unmittelbare Lehre allein durch den Professor, nicht ausgehöhlt werden dürfe. Die Unterstützung bei Praktika- und Laborbetreuung durch Assistenten ist dabei unbestritten.

Prof. Dr. Rainer Bischoff
Sprecher des Arbeitskreises
Wirtschaftsinformatik
an Fachhochschulen



Seit 20 Jahren Fernost-Erfahrung
Preiswerte Flüge mit Liniengesellschaften

Fernost-Flug-Service GmbH



Tübinger Straße 13-15
7000 Stuttgart 1 / Germany
Telefon (07 11) 6 40 25 10
und 60 29 67
Fax (07 11) 6 40 33 10
Telex 7 23 163 FOF d

**Ihr Spezialist für
Fernflüge in alle Welt**

Lassen Sie sich durch Fachleute beraten,
auch wenn Sie nicht gleich buchen wollen.

Unser Service:
Keine Gebühren bei Umbuchungen vor
Ticketausstellung. Keine Anzahlung.

Zwanzig Jahre FHVR Berlin

Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR) - feierte etwas verspätet - in der Woche vom 12. bis 16. September 1994 ihr 20jähriges Jubiläum und ihren Einzug in das neue Gebäude in Berlin-Lichtenberg.

Jubiläen sind Anlaß zu Rückblick und Ausblick. Die Rückblicke und Glückwünsche waren - wie es sich für derlei Anlässe gehört - anerkennend und mit Lob verbunden. Die Frage der Ausblicke, der Perspektive für die Zukunft, gestaltet sich sehr viel schwieriger. Die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst werden zunehmend von außen kritisch beobachtet und sehen auch für sich selbst verschärft die "Sinnfrage" erneut gestellt. Eine Spiegelung der Positionen findet sich in dem anläßlich der Festwoche vorgestellten Buch "Vom Beamten zum Manager? Herausforderungen und Perspektiven der Verwaltungsausbildung" (Hrsg. Detlef Bischoff, Christoph Reichard) in der von der FHVR herausgegebenen Reihe Verwaltung Recht und Gesellschaft im Hitit Verlag Berlin.

Zukunft der FHöD

Mögliche Perspektiven waren Thema einer Diskussionsrunde, an der erfreulich viele Vertreter von FHöD aus den alten und den neuen Bundesländern teilnahmen. In einem Eingangstatement des Leiters der FHöD von Nordrhein-Westfalen, *Dieprand von Richthofen*, wurde noch einmal die Entwicklung skizziert. In den 70er Jahren errichteten die Länder und der Bund die Fachhochschulen in interner Form als nachgeordnete Behörden mit nur hochschulähnlicher Struk-

tur und Anwärterstatus der Studierenden. Wesentliche Gründe für diese Entscheidung waren eine allgemeine "Reformunwilligkeit" nach den 68er Jahren, der gescheiterte Anlauf zur Dienstrechtsreform und letztlich der Widerstand insbesondere aus Kommunen und Berufsverbänden.

Gegenstand einer kritischen Bestandsaufnahme in der sich anschließenden Diskussion war die Frage, inwieweit diese Rahmenbedingungen heute nicht beginnen, sich als Bumerang für die "Abnehmer" zu erweisen. Fachbereiche müssen wegen Privatisierung ihrer Berufsfelder aufgelöst (z.B. Post und Bahn bei der FH des Bundes) und an anderen Hochschulen vergleichbare Ausbildungsgänge neu geschaffen werden. Kommunen drosseln aus Kostengründen ihre Einstellungszahlen oder rekrutieren überhaupt nicht mehr, d.h. sie decken ihren Bedarf durch "Abwerbung" oder durch Einstellung von Absolventen allgemeiner Fachhochschulen im Angestelltenstatus. Die Beamtenanwärter werden nicht übernommen, da der Bedarf im Laufe der dreijährigen Ausbildung entfallen ist, so daß diese in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und mit ihrer speziellen Ausbildung kaum sonstige Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die inhaltlichen Anforderungsprofile - z.B. öffentliches Dienstleistungsmanagement, betriebswirtschaftliche Kostenrechnung, neue Führungs- und Steuerungsmodelle - wandeln sich, ohne daß die Fachhochschulen in die Lage versetzt werden, hierauf angemessen zu reagieren.

Bei der Frage möglicher Optionen, diesen Dilemmata zu entgehen, d.h. quantitativ und qualitativ nicht am Bedarf vorbei

ausbilden zu müssen und letztendlich der Konkurrenz anderer Fachhochschulen zu erliegen, die zunehmend auf den öffentlichen Dienst ausgerichtete Studiengänge anbieten und deren Absolventen insbesondere von Kommunen nachgefragt würden, teilten sich die Meinungen. Vertreten wurde die These einer möglichen Reform im Rahmen des "internen Modells", das reformfähig und nicht so schlecht sei, contra der Forderung nach einer "Externalisierung", da nur diese eine konsequente Lösung im Interesse des Arbeitsmarktes und der Studierenden zulasse. Einig war man sich, daß in jedem Falle eine deutliche Verbreiterung der beruflichen Qualifikation verbunden mit der Einrichtung neuer verwaltungsbezogener Studiengänge erfolgen müsse. Reformbemühungen - so ein Fazit - scheiterten häufig aber nicht zuletzt auf der ministerialen Ebene beamtenrechtlicher Referate, da aus deren Perspektive Änderungsbedarf nicht erkannt werde oder man diesen nicht anerkennen wolle. Es entstehe so gelegentlich der Eindruck, daß an den FHöD ein Stellvertreterkrieg zur "Rettung des Berufsbeamtentums" ausgetragen werde. Einerseits bestehe man auf der internen Ausbildung als der für den gehobenen Dienst adäquaten Form, andererseits finde in der Praxis eine schleichende Erosion durch Rekrutierung auf anderen Feldern statt.

Problematisiert wurde weiter, daß die Studierenden durch die frühzeitig abverlangte berufliche Entscheidung und Ausbildung für die speziellen Anforderungen des öffentlichen Dienstes traditionellen Mustern letztlich in ein Korsett gepreßt würden, das ihnen berufliches Fortkommen zunehmend

erschwere, da die Gefahr drohe, daß attraktivere Posten im Management-, Organisations- und Planungsbereich durch Absolventen anderer Studiengänge besetzt würden; sie also zunehmend nur noch die untere Ebene der Sachbearbeitung im Vollzug besetzen würden.

Appelliert wurde, sich diesen Diskussionen nicht defaitistisch und resignativ zu stellen. Die Qualität von Lehre und Praxisbezogener Forschung halte einen Vergleich mit vielen anderen Fachhochschulen aus. Die Tatsache, daß man im Augenblick noch das Monopol für ein bestimmtes Berufsfeld habe, das im Wandel begriffen sei, solle - trotz aller Widerstände - aktiv verwendet werden. Kompetenz nicht als Abwehr sondern als Argument zum Anspruch auf Innovation.

Die 90er Jahre werden für die FHöD damit eine Zäsur werden wie die Gründungsphase in den 70ern. Wenn Verwaltungsreform ernst gemeint wird, so muß diese das "Betriebskapital Personal" und deren Ausbildung einbeziehen. Die Kosten der dreijährigen Ausbildung pro Anwärter von 87.000 DM (Berechnung für FHVR Berlin) seien zu hoch, als daß nicht auch hier Kostenbewußtsein für Qualität eine kritische Bestandsaufnahme erforderten.

Eine Fortsetzung dieser Diskussion werden die achten Glienicker Gespräche der FHVR Berlin im November 1994 ermöglichen. Dort soll im Dialog mit Vertretern allgemeiner Fachhochschulen und denen der FHöD weiter an Reformkonzepten gearbeitet werden.

Prof. Dr. Werner Teubner
Prorektor FHVR Berlin

Europaprofessur

An der Fachhochschule Gelsenkirchen werden Betriebswirte im Europaformat ausgebildet.

Ab dem Wintersemester 1994/1995 gibt es an der Fachhochschule Gelsenkirchen einen speziellen Europaprofessor: *Professor Dr. Wolfram Holdt* erhielt von der Kommission der Europäischen Union (EU) in Brüssel im Rahmen der Aktion "Europaprofessur Jean Monnet" den Zuschlag für eine entsprechende Professur im Gelsenkirchener Fachbereich Wirtschaft. *Holdt* ist zugleich Gründungsdekan dieses Fachbereichs. Von den rund 600 Anträgen auf eine solche Professur haben in diesem Jahr bundesweit nur sechs Hochschulen den Zuschlag erhalten, unter diesen ist die Gelsenkirchener Hochschule die einzige Fachhochschule.

Die Europaprofessur ist auf sieben Jahre befristet. Während dieser Zeit wird *Professor Holdt* seinen

neuen europäischen Pflichten dadurch nachkommen, daß er Lehrveranstaltungen, die sich speziell auf Europa beziehen, in das Veranstaltungsprogramm seines Fachbereichs einbaut. Dabei denkt er an die Entwicklung eines gestuften Europa-Zertifikats, zu dessen Erwerb die Studierenden Veranstaltungen in europäischem Recht, europäischer Geschichte, den Entscheidungsprozessen im Europa der Europäischen Union oder zu Fragen des europäischen Binnenmarktes wie die bevorstehende Währungsintegration, die Harmonisierung im europäischen Steuerwesen oder die Anpassung europäischer Normen belegen. Ergänzt werden soll das europäische Studienprogramm an der Fachhochschule Gelsenkirchen durch spezielle Sprachangebote, die *Holdt* gemeinsam mit dem hochschuleigenen Sprachenzentrum plant. Je nach angestrebtem Zertifikatsgrad können die Studierenden ihre Europa-Ausbildung durch

Praktika und Studienabschnitte im Ausland ergänzen.

Neben dem europäischen Studienprogramm fördert die EU fünf Jahre lang ein Forschungsprojekt von *Professor Holdt*. Dabei will er die Unternehmenskultur als Wettbewerbsfaktor im europäischen Integrationsprozeß untersuchen. *Professor Holdt*: "Je enger Europa wirtschaftliche zusammenrückt, umso inniger verflochten werden auch die europäischen Unternehmen. Der betriebliche Zusammenschluß von Firmen aus verschiedenen europäischen Staaten kann zahlreiche wirtschaftliche Vorteile bieten. Häufig kranken oder scheitern Fusionen jedoch daran, daß die Menschen sich von ihrer Arbeits- und Unternehmenskultur her nicht verstehen. Daher müssen auch die Firmenkulturen der betroffenen Unternehmen harmonisiert werden, wenn sich ein langfristiger Erfolg für Geschäftsführung und Mitarbeiter einstellen soll. Die Erforschung dieses 'weichen' Erfolgsfaktors ist eine spannende Aufgabe".

Die EU-Aktion "Europaprofessur Jean Monnet" zur Verbreitung und Förderung europäischer Ideen an Hochschulen geht namentlich zurück auf den verstorbenen Franzosen *Jean Monnet*. Dieser war Anfang der 50er Jahre als Planungskommissar der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tätig und als solcher Förderer der europäischen Integration und einer der Väter der heutigen Europäischen Union. Europaprofessuren werden vor allem für in den Fächern Geschichte, Recht und Wirtschaft vergeben.

(Pressemitteilung
der FH Gelsenkirchen
vom 22. August 1994)

Dortmunder Promotion

Dr. Ralf Brickau ist der erste Absolvent der Fachhochschule, der ohne Universitätsabschluß seinen Doktor "gebaut" hat. Genauer gesagt, den "Doctor of Philosophy" (Ph.D.), denn Brickau promovierte an der University of Plymouth. Nach dreieinhalb Jahren ging sein "Vergleich des strategischen Marketingmanagements deutscher und englischer Unternehmen der Lebensmittelbranche" in der Disputation ohne Nachbesserungswünsche der Prüfer glatt durch. Vorher hatte er allerdings nur ein dreiviertel Jahr Aufenthalt schon das englische Diplom B.A. (Bachelor of Arts) in Plymouth bestanden.

(FH Dortmund, Sept. 1994)

Augsburger Promotion

Am 28. Juni 1994 nahmen an der University of Ulster die Absolventen des Joint European Master Degree Course, den die University of Ulster zusammen mit den Fachhochschulen Augsburg und Kempten veranstaltet, gemeinsam ihre Zeugnisse entgegen.

Im nächsten akademischen Jahr soll, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Staatsministerium, der Kurs von einem Aufbaustudium in ein integriertes Studium übergeführt werden.

Dieser Studiengang zweigt dann mit dem 7. Semester aus dem regulären Studium der Elektrotechnik, Studienschwerpunkt Kommunikationstechnik, ab und führt in insgesamt 5 Jahren zu einer Doppelqualifikation bestehend aus dem Dipl.-Ing. (FH) und dem britischen Universitätsabschluß Master of Engineering (MEng).

Herr Dipl.-Ing. (FH) W. Wenger, Absolvent der FH Augsburg, FB Maschinenbau, erhielt für seine Arbeit "Investigations into reinforcement for composite materials" den "DPhil". Die Arbeit lief am Department of Mechanical Engineering der University of Ulster.

Prof. Dr.-Ing. A. Eder in:
Nachrichten und Berichte,
FH Augsburg, Sept. 1994

EU-Wörterbuch

Akronyme (Initialwörter) und ihre Auflösung
(zusammengestellt von Dr. Rolf Minhorst)

ACTS	Advanced Communication Technologies and Services
AIR	Agro-industrial Research
BRITE	Recherche Technologique Fondamentale et Application des Technologies Nouvelles
COMETT	Community Action Programme in Education and Training for Technology
ERASMUS	European Research in Advanced Materials
HCM	Human Capital and Mobility
KoWi	Koordinierungsstelle-EG der Wissenschaftsorganisationen
SPRINT	Strategic Programme for Innovation and Technology Transfer
TEMPUS	Trans-European Mobility Scheme for Universities

Hinweis:

Die neue Hochschule wird in Zukunft regelmäßig über interessante Aspekte europäischer Hochschulpolitik berichten. Im Rahmen der Berichterstattung wird Dr. Rolf Minhorst, EG-Hochschulbüro Weser-Ems, interessante Ausschreibungen von Förderprogrammen der EU darstellen.

Promotionen

Prof. Dipl.-Ing. Siegfried Ast, Planung und Konstruktion im Ingenieurbau, FH Potsdam

Prof. Dr. Joachim-Hans Bergmann, Waldbau, FH Eberswalde

Prof. Dr. Rainer Bernbach, Digital- und Mikrocomputer-technik, FH Wolfenbüttel

Prof. Dr. Thomas Biermann, Betriebswirtschaftslehre, (Planung und Einführung von verkehrslogistischen Systemen), FH Wildau

Prof. Dr. Ingrid Brückner, Rechner-technologie und -netze, FH Wolfenbüttel

Prof. Maren Christensen-Gantenberg, Bildhauerei, FH Hannover

Prof. Dr. Andreas Diedrich, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Angelika Diezinger, Soziologie, FH Sozialwesen Esslingen

Prof. Edward H. Dolk, Architektur, FH Potsdam

Prof. Dr. Wolfgang Effenberger, Konstruktion, FH München

Prof. Dr.-Ing. Franz Eckhard Endruschat, Experimentalphysik, insbes. Meßtechnik, FH Brandenburg

Prof. Dr. Josef Feimer, Konstruktion im Maschinenbau, FH München

Prof. Dr.-Ing. Günter Franke, Programmieren (Software) inklusive Mikroprozessor-technik, Automatisierungstechnik und elektrische Energietechnik, FH Düsseldorf

Prof. Dipl.-Ing. Peter Göttlich, Planung und Konstruktion im Ingenieurbau, FH Potsdam

Prof. Dr. Manfred Gruber, Mathematik, FH München

Prof. Dr.-Ing. Jochen Heinsohn, Wissensbasierte Systeme/KI-Techniken, FH Brandenburg

Prof. Dr. Eckhard Höfner, Vergleichende Literaturwissenschaft der westeuropäischen Literaturen, FH Brandenburg

Prof. Dr.-Ing. Frank Höfler, Verkehrswesen, insbes. Straßenbau und Verkehrsplanung sowie Schienenverkehr, FH Lausitz

Prof. Dr. Gangolf Hübinger, Vergleichende Kulturgeschichte der Neuzeit, FH Brandenburg

Prof. Dr. Claus Hyna, Chemische Umwelttechnik und -analytik, insbes. die

Anwendung spektroskopischer Methoden in der Umweltanalytik, FH Lausitz

Prof. Dr.-Ing. Hermann Kleen, Grundbau und Bodenmechanik, FH Potsdam

Prof. Dr. Peter Kobelt, Mathematik für Ingenieurwissenschaften /Diskrete Mathematik, FH Brandenburg

Prof. Dr. Joachim Kohlhof, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. Investition und Finanzierung, FH Brandenburg

Prof. Dr. Lothar Köhler, Datenverarbeitungssysteme und Softwaretechnik, FH Hannover

Prof. Dr. Johannes Kruscha, Softwareengineering und Methodik des Programmierens mit dem Schwerpunkt systemnahe Programmiersprachen, FH Lausitz

Prof. Dr. Bernhard Kurz, Arbeitswissenschaft, FH München

Prof. Dipl.-Ing. Markus Löffler, Architektur, FH Potsdam

Prof. Dr. Michael Melz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit einem Schwerpunkt in der betrieblichen Finanzwirtschaft oder Investitionen und Finanzierung, FH Lausitz

Prof. Dr. Walter Müller, Mechanische Verfahrenstechnik und Technische Strömungslehre, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Lore Miedaner, Sozialpädagogik, FH Sozialwesen Esslingen

Prof. Dr. Rolf Nagel, Betriebswirtschaftslehre in Lehre und Forschung, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Irmela Neu-Altenheimer, Spanisch, FH München

Prof. Dr. Karl-Heinz Raes, Energie- und Wärmetechnik, FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Anneley Rothkegel, Textproduktion im Studiengang Technische Redaktion, FH Hannover

Prof. Dr. Reinhard Schiedermeier, Compiler/Assemblerprogrammierung

Prof. Dr. Marina Schlünz, Grundlagen der Technik im Studiengang Technische Redaktion, FH Hannover

Prof. Dr. Matthias Schmieder, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. Controlling, FH Eberswalde

Prof. Dr.-Ing. Gernard A. Schiemann, Verfahrenstechnik, FH Wolfenbüttel

Prof. Dr. Peter Schmitz, Meß- und Regelungstechnik, FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr.-Ing. Franz-Henning Schröder, Konstruktion/CAD einschl. Getriebetechnik und Maschinenelemente, FH Brandenburg

Prof. Dr. Hannelore Seitz, Sozialarbeit/Sozialpädagogik/Medienarbeit (Theater und Musik), FH Potsdam

Prof. Dr.-Ing. Bernhard Simon, Konstruktionslehre und Getriebetechnik, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Maximilian Simon, Grundlagen Maschinenbau, FH München

Prof. Dr. Hildegard Simon-Hohm, Erziehungswissenschaft, FH für Sozialwesen Esslingen

Prof. Dr. Andreas Strunk, Sozialpädagogik, FH für Sozialwesen Esslingen

Prof. Dr. Jürgen Tauchnitz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (Marketing), FH Lausitz

Prof. Dr.-Ing. Bernhard Tietgens, Angewandte Kunststofftechnik, TFH Wildau

Prof. Dr. Ralf Ulbricht, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. quantitative Methoden der Wirtschaftswissenschaften, FH Eberswalde

Prof. Dr. Peter Vogel, Nachrichtenübertragungstechnik, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Christian Vogt, Mathematik/Systemarchitektur, FH München

Prof. Dr.-Ing. Ferdinand Wagner, Systemnahe Programmiersprachen, Systemarchitektur mit den Schwerpunkten Digitaltechnik und Rechnerarchitektur, FH Lausitz

Prof. Dr. Karin Wilkening, Soziale Arbeit mit älteren Menschen, FH Braunschweig

Prof. Peter Wondra, Hochbaukonstruktion/Technischer Ausbau, FH München

Prof. Dr. Florian Zimmermann, Architekturgeschichte, FH München

Neues von Kollegen

Betriebswirtschaftslehre für Städte und Gemeinden

R. Rau, Vahlen, München 1994, 567 S., DM 98,--

Marketing

H. Ch. Weis (FH Niederrhein), Kiehl, 8. Aufl., Ludwigshafen 1993, jetzt auch in chinesischer Übersetzung

Jugendhilferechtliche Fälle für Studium und Praxis

H. Oberloskamp u. U. Adams (KFH NW), Luchterhand, 8. Aufl., Neuwied 1993

Einführung in die Sozialmedizin: für Sozialarbeiter, Sozial- und Heilpädagogen

E. Grond u. W. Schwarzer (Hrsg.) (KFH NW), modernes lernen, 4. Aufl., Dortmund 1994

Auto-Sketch - Zeichenkurs

H.-G. Harnisch u. V. Küch (FH Braunschweig), Vieweg, Braunschweig 1994, 259 S., DM 29,80

Haustechnik

Vogler/Laasch (FH Frankfurt/Main), Teubner, 9. Aufl., Stuttgart 1994, 946 S., DM 98,--

Ebene Stabwerke auf MS-DOS-Rechnern

B. Falter (FH Münster), Werner-Ingenieur-Programme, 3. Aufl., Düsseldorf 1994

Dynamischer Wettbewerb

M. Tolksdorf (FH Wirtschaft Berlin), Gabler Verlag, Wiesbaden 1994

Mathematik

Die Mathematikausbildung gewinnt durch den Einsatz eines leistungsfähigen Formelmanipulationssystems im Unterricht und in den Praktika eine neue Qualität, die erheblich zur Motivation der Studenten beitragen kann. Wenn man sich für Mathematica entscheidet, ist das vorliegende Buch eine willkommene und preiswerte Einführung, die zum Gebrauch im Unterricht, zum Selbststudium und zum Experimentieren am Rechner empfohlen werden kann. Es beginnt mit einem Überblick über die Möglichkeiten des Systems und entwickelt diese anhand vieler Beispiele und Anwendungen aus der Analysis, der Algebra und der Geometrie mit graphischen Anwendun-

gen, die eine besondere Stärke von Mathematica sind.

(Walden)

Das Mathematica Arbeitsbuch

E. Heinrich u. H.-D. Janetzko,
Vieweg, Braunschweig
1994,
259 S., DM 38,-

Finite-Elemente

Das Buch ist aus Lehrveranstaltungen des Autors hervorgegangen und für Fachhochschulen konzipiert. Es umfaßt das erste einer zweisemestrigen Vorlesung und enthält somit die übliche Einführung in die FEM mit Anwendung auf Probleme der Mechanik und Wärmeleitung. Es konzentriert

sich auf das Wesentliche und in einem Semester Machbare. Die Darstellung ist mathematisch elementar und mit starker Betonung des Anwendungsbezugs. Das Buch ist entsprechend mit vielen numerischen Beispielen versehen. Es enthält außerdem Übungsbeispiele mit Lösungen.

(Walden)

Finite-Elemente-Methode

P. Steinke,
Cornelsen Giradet,
Düsseldorf 1992,
224 S.

Technische Mechanik

Das Buch wendet sich an "den Partner des Ingenieurs", der einen qualifi-

zierten, aber begrenzten Einblick in die Statik, Elastizitäts- und Festigkeitslehre, Kinematik und Kinetik erlangen will und dabei auf die üblichen Herleitungen mathematischer Art verzichten kann. Es ist übersichtlich gegliedert, klar geschrieben und mit zahlreichen guten Abbildungen versehen. Ein Anhang enthält im Teil A Tabellen, einige mathematische Herleitungen und Formeln und in Teil B Beispiele und Übungen mit vollständigen Lösungen.

(Walden)

Technische Mechanik im Nebenfach

H.D. Motz
Harri Deutsch, Frankfurt 1994,
235 S., DM 29,80



EUROMEX MIKROSKOPE **Die meistgekauften Schul-** **mikroskope in Deutschland**

- Beste Qualität und relativ preiswert.
- 20 Jahre Garantie
- Ersatzteile zu jeder Zeit lieferbar
- Wartung und Reparatur in einer "Deutschen Werkstatt"
- Lieferung nur über den einschlägigen Fachhandel

EUROMEX MIKROSKOPE **UND STEREO-MIKROSKOPE**

HAUPTNIEDERLASSUNG:
EUROMEX MIKROSKOPE B.V.
Papenkamp 20, Postfach 736
NL 6800 AS ARNHEM -Holland
Tel. 0031 85 234124
Fax 0031 85 232833

NIEDERLASSUNG
DÜSSELDORF:
EUROMEX MIKROSKOPE
Postfach 1236, 40832 RATINGEN
Tel. 02102 870487

EUROMEX-FARBVIDEO- **CCD-KAMERA** **Modell VC-3010**



Diese lichtstarke Kamera -
3 LUX bei F=1.4 - besitzt eine
horizontale Auflösung von 350 Linien.
Preis DM 1.395,- zzgl. MwSt.

EUROMEX- **FORSCHUNGSMIKROSKOP** **Modell MIC 1040**

komplett, einschl. Farbvideo-Kamera
VC-3010, (ohne Monitor).
Preis DM 4.395,- zzgl. MwSt.

EUROMEX-MIKROSKOP CSL mit Objektiven 4x, 10x, S40x in zwei Ausführungen lieferbar:

MIC 805 mit Okularen H6x, H10x und
WF16x. DM 440,- zzgl. MwSt.

MIC 805-81 mit WF10x Okular
mit festem Zeiger
DM 395,- zzgl. MwSt.



Jährlich werden
etwa 5.000
CSL-Mikroskope
nach Deutschland
geliefert!

BITTE FORDERN SIE UNSEREN
FARBKATALOG UND PREISLISTE AN.

Der Hochschullehrerbund bietet seinen Mitgliedern gegen einen Kostenbeitrag von DM 3,- je Schriftstück (bitte in Briefmarken beilegen) den Bezug von Informationen aus Bund und Ländern. Bitte benutzen Sie den abgedruckten Anforderungscoupon.

Bund 1

Antwort der Bundesregierung vom 14.06.1994 auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Promotionsmöglichkeiten von FH-Absolventen

Bund 2

Nebentätigkeit für Beamte, Bundesbeamtengesetz vom 27.2.1985

Bund 3

Rechtsvorschriften für Gründung, Anerkennung und Betreiben von An-Instituten in den Bundesländern

Baden-Württemberg 1

Lehrverpflichtung, Stand 1986

Baden-Württemberg 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991

Baden-Württemberg 3

Anhörungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Hochschulgesetze, Stand: 21.03.1994

Baden-Württemberg 4

Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung vom 23.03.1994 zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen

Baden-Württemberg 5

Fachhochschulen, Forschung, Entwicklung und Technologietransfer an den Hochschulen, Bericht der Landesregierung vom 12.8.1993

Bayern 1

Regellehrverpflichtungsverordnung, Stand 1986

Bayern 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992

Bayern 3

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschullehrergesetzes vom 10.8.1994

Berlin 1

Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1993

Berlin 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990

Berlin 3

Erstes Haushaltsstrukturgesetz, Beschlußempfehlung vom 29.11.93

Berlin 4

Berliner Hochschulstrukturplan 1993

Brandenburg 1

Nebentätigkeit: Es gelten zur Zeit die Bestimmungen des Bundes, siehe Bund 2

Bremen 1

Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1984

Bremen 2

Verordnung über die Erfüllung der Lehrverpflichtung, Stand 1986

Bremen 3

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990

Hamburg 1

Lehrverpflichtungsverordnung vom 18. Januar 1994

Hamburg 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992

Hessen 1

Lehrverpflichtungsverordnung für Fachhochschullehrer, Stand 1975

Hessen 2

Nebentätigkeitsverordnung

Mecklenburg-Vorpommern 1

Nebentätigkeitsverordnung (z.Zt. gilt Schlesw.-Holstein, Stand 1991)

Niedersachsen 1

Stellungnahme des MWK zur Eingabe des Hochschullehrerbundes betreffend Lehrverpflichtung an Hochschulen (Anschieben des Präsidenten des niedersächsischen Landtages vom 15.06.1994)

Niedersachsen 2

Nebentätigkeit: Änderungen aufgrund der Novellierung des Hochschulgesetzes vom 21.01.1994

Niedersachsen 3

Praxisnahe Forschung und Entwicklung an niedersächsischen Fachhochschulen, Antragsunterlagen: Bereitstellung von Projektfördermitteln aus dem Fachhochschul-Sonderprogramm

Niedersachsen 4

Lehrbeauftragte an Hochschulen, Runderlaß vom 24.08.1992

Niedersachsen 5

Vergütung für Lehraufträge, Runderlaß vom 24.08.1992

Nordrhein-Westfalen 1

Lehrverpflichtung, Stand 1988

Nordrhein-Westfalen 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1988

Nordrhein-Westfalen 3

Verordnung zu quantitativen Eckdaten für Studium und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen vom 17.03.1994

Nordrhein-Westfalen 4

Erlasse zu Besetzungsverfahren

Nordrhein-Westfalen 5

Erhebungen über das Lehrangebot, Rundschreiben vom 17.01.1994

Nordrhein-Westfalen 6

Forschungsvorhaben 1994, Antragsunterlagen für Forschungsvorhaben im Rahmen der Dienstaufgaben

Rheinland-Pfalz 1

Referentenentwurf zur Änderung des Fachhochschulgesetzes vom 20.04.1994

Rheinland-Pfalz 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1987

Rheinland-Pfalz 3

Freistellung von Professoren der Fachhochschulen für die Praxis und zur Durchführung von Entwicklungsvorhaben - Verwaltungsvorschrift des Min. für Wiss. und Weiterbildung vom 29.06.1992

Rheinland-Pfalz 4

Hochschulaktionsprogramm zur Studienreform, Studienzeiterkürzung und Verbesserung der Lehre, Unterrichtung der Landesregierung vom 10.03.1994

Rheinland-Pfalz 5

Landesverordnung über die Lehrverpflichtung an den Hochschulen vom 07.07.1994

Saarland 1

Lehrverpflichtungsverordnung vom 10.02.1994

Saarland 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1989

Sachsen 1

Entwurf einer Lehrverpflichtungsverordnung vom 31.05.1994

Sachsen 2

Nebentätigkeitsverordnung vom 21.06.1994

Sachsen-Anhalt 1

Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1992

Sachsen-Anhalt 2

Nebentätigkeitsverordnung vom 02.03.1994

Sachsen-Anhalt 3

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zu "Personalentwicklung und Ausbauzielen im Hochschulbereich des Landes Sachsen-Anhalt" vom 06.10.1993

Sachsen-Anhalt 4

Drittes Hochschulstrukturgesetz vom 05.07.1994 (FH Altmark)

Sachsen-Anhalt 5

Verordnung zur Errichtung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege vom 20.07.1994

Schleswig-Holstein 1

Lehrverpflichtungsverordnung

Schleswig-Holstein 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990

Schleswig-Holstein 3

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Beihilfen, Amtsblatt vom 12.07.1993

Thüringen 1

Lehrverpflichtung: Thüringer Kapazitätsverordnung, Stand 1993

Thüringen 2

Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991

Nebentätigkeit 1

Begriff und Genehmigungsverfahren am Beispiel Hessen, 06.05.1988

Nebentätigkeit 2

Splitting-Verbot

Altersversorgung 1

Merkblatt des Hochschullehrerbundes

Altersversorgung 2

Änderungen im Beamtenversorgungsrecht

Aspekte 1

Aspekte des Besoldungsdienstalters von Hochschullehrern



Ich bin Mitglied des Hochschullehrerbundes Landesverband

Ich bitte um Zusendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte deutlich schreiben, Absenderangabe wird als Versandadresse benutzt

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

bitte senden an:

Hochschullehrerbund e.V.

Rüngsdorfer Straße 4c

53173 Bonn

Telefon: 0228/35 22 71 • Telefax: 0228/35 45 12